einzelverkaufspreis dm 1.50 incl. 5,5% mwst.

Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 96 11. 10. 75

herausgeber :
frankfurter informations
dienst e.v.
6 frankfurt 9o
hamburger allee 45
tel. o611/7o4 352

postadresse :
6 frankfurt 9o
postfach 9oo343

postscheckkonto:
frankfurter informations
dienst e.v.
6 frankfurt 9o
nr. 525228-6o2

verantwortlicher redakt
f. kern

redaktionsschluß:
donnerstag 20 uhr

kontaktzentren:

463 bochum-querenbg.
pol. buchladen
im westenfeld
tel. 70 23 36

74 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41 b
tel. 280 95 22

schweiz: eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01 39 12 67

Druck: Eigendruck

HAUSMITTEILUNG - ZIRKUS-UMBRUCH

Beim lesen der vorigen nummer war ID-abonnenten aufgefallen, daß die redaktion sich um die einführung der modifizierten kleinschreibung bemüht. Der versuch, das seitherige schriftbild und layout zu verändern, hat verschiedene gründe, insgesamt geht es um bessere lesbarkeit. Wir haben nämlich die kritik an der bisherigen durchgehenden kleinschreibung gesammelt und zu einem pamphlet zusammengefaßt. Aufgrund dieser argumente gegen die durchgehende kleinschreibung und der wenigen argumente, die für ihre beibehaltung sprechen, wurde in einer redaktionssitzung beschlossen, die sogenannte "modifizierte kleinschreibung" einzuführen (satzanfänge, eigennamen und abkürzungen von eigennamen groß etc.). Doch damit kein ende. in dieser woche haben wir erstmals den composer zur herstellung der texte benützt. Der composer ist eine erweiterte schreibmaschine, mit dem man texte mit randausgleich setzen kann. Wenn man dies kann, erkennt einen die post als zeitung an. Das bedeutet finanzielle ersparnis beim versand. Zum 1. november sind wir von der behörde als zeitung anerkannt.

Doch haben wir die neuerungen noch nicht im griff. Durch zeitliche verschiebungen und schwierigkeiten bei gemeinsamer composernutzung mit anderen verlagen ist dieser ID teils mit composer, teils mit der bisherigen methode hergestellt worden. Auch wurde die modifizierte kleinschreibung nicht durchgehend verwirklicht. Zu fragen ist auch, ob die modifizierte kleinschreibung nicht der üblichen groß- und kleinschreibung weichen soll. Die diskussion ist noch nicht abgeschlossen. Daher diesmal der "Zirkusumbruch", habt geduld oder mischt Euch in die diskussion ein, schreibt uns, wie ihr darüber denkt.

Die notizen vom prozeß in Stammheim, deren ziemlich regelmässige veröffentlichung durch unsere urlaubspause unterblieb, werden wir demnächst, noch vor wiederaufnahme des prozesses, wieder abdrucken.

ID-Kollektiv

INLAND

drucker unter druck : 280 arbeiter und angestellte auf die straße gesetzt

Köln (ID)
8. Oktober

Beim Kölner verlag Dumont-Schauberg, bekannt durch Stadtanzeiger und Express, kündigen sich weitreichende veränderungen für die arbeiter und angestellten an. Seit dem letzten jahr gibt es einen einstellungsstopp, älteren kollegen wird nahegelegt, in rente zu gehen und politisch unliebsame kollegen werden unter fadenscheinigen gründen wie im falle des gewerkschaftlichen vertrauensmannes Lothar Fietzek-herausgeschmissen. Bereits 280 kollegen, das sind knapp 15 % der belegschaft, wurden im verlauf der letzten 18 monate auf diese weise "eingespart".

Der rest muß natürlich die arbeit der anderen mitmachen.

Die streichung der betriebsfestpauschale von 35 mark für jeden kollegen und die kürzung des weihnachtsgeldes um 10 % war ein weiterer streich der geschäftsleitung. Seit monaten werden die schichtpläne gekündigt mit dem ziel, die arbeit zu intensivieren und den lohn zu kürzen. Die einbußen gehen bis zu 350 mark. Dabei geht die geschäftsleitung abteilungsweise vor, um einen gemeinsamen protest der kollegen zu verhindern. Die kollegen der anzeigensetzerei reagierten auf die schichtumstellungen mit einem brief an den herausgeber und verleger Neven du Mont. Darin beklagen sie sich, wie sich die schichtänderungen auswirken: ungünstigere arbeitszeiten, verkürzte freizeiten, drastische einkommensminderungen - im einzelfall bis zu 337 mark oder 25 % des monatseinkommens - bei gesteigerter arbeitsintensivierung. Neven du Mont schrieb in einem antwortbrief, daß er "nicht in der lage sei", auf den geplanten lohnabbau zu verzichten.

Als preis für die einwilligung in den lohnabbau bot er den kollegen eine auf zwölf monate "begrenzte abfindung" an. Daraufhin wurden acht teilschichtpläne neu abgeschlossen, über zwei konnte jedoch keine einigung erzielt werden. Die kollegen haben deshalb beschlossen, die einigungsstelle anzurufen. Ob dieser schritt richtig war, ist angesichts der erfahrungen anderer belegschaften zweifelhaft. Die einigungsstelle (vier kapitalvertreter, vier gewerkschaftsvertreter, ein unabhängiger) unterliegt nicht mehr der unmittelbaren kontrolle der kollegen und entscheidet erfahrungsgemäß in sozialpartnerschaftlicher treue, d.h.: gegen die forderungen der kollegen.

Diese augenblicklichen verschlechterungen in den arbeitsbedingungen sind eigentlich nur vorbereitende maßnahmen für größere vorhaben: denn an der Rheinschiene - Düsseldorf, Bonn, Köln - sind starke konzentrationsbewegungen im gange. Eindeutige anzeichen dafür sind:

- Stadtanzeiger und Kölnische Rundschau vertreiben im Oberbergischen Land ihre blätter gemeinsam, als "testfall",
- im Dezember 1974 wurden die ausgaben der NRZ für Köln, Leverkusen und Opladen eingestellt. Die listen der NRZ-abonnenten kaufte der Stadtanzeiger an.
- Es gibt die "anzeigen-cooperation Nordrhein" (ACN). Darin haben sich Stadtanzeiger, Express, Kölnische Rundschau, Bonner Generalanzeiger, Solinger Tageblatt, Remscheider Generalanzeiger, die Westdeutsche Zeitung und die Rheinische Post in Düsseldorf zusammengeschlossen.

Dumont-Schauberg versucht dabei, als stärkstes unternehmen der anzeigencooperation (KStA 239.000 und Express 405.000 verbreitete auflage) die weitere entwicklung an der Rheinschiene maßgeblich zu bestimmen, indem er seine produktionsanlagen auf den neuesten technischen stand bringt und damit seine marktposition noch verbessert. Die investitionen bei Dumont-Schauberg (branchenkenner schätzen sie auf ca. 50.000.000 mark) werden sich vor allem auf die datenerfassung und -verarbeitung in redaktion, anzeigen-, vertriebs- und satztechnischem bereich und in der verwaltung konzentrieren.

- Durch den einsatz moderner technischer anlagen werden bei Dumont-Schauberg arbeitsplätze eingespart. Für viele kollegen bedeutet das: sie werden nicht mehr gebraucht.
- Aber auch die arbeitsplätze in den übrigen druckunternehmen des Kölner raums sind durch pleiten oder zu-

sammenlegungen (Fusionen) von betrieben gefahrdet, wenn diese mit den investitionen der starksten unter nehmen nicht mehr schritt halten konnen

Insgesamt haben in der BRD der einsatz hochtechnischer anlagen, pleiten kleinerer betriebe und fusionen schon 15.600 kollegen den arbeitsplatz gekostet

Aber auch fur die (noch) beschaftigten kollegen sieht die situation ganz anders aus qualifizierte facharbeiter stellen plotzlich fest, daß sie mit ihrem fachwissen nichts mehr anfangen konnen. Aus maschinensetzern sind IBM-maschinenschreiber geworden Die tatigkeit erscheint manchem einfacher, und insgeheim fragt er sich: "Diese arbeit ist so leicht, da wird mein fachwissen nicht mehr benotigt Da muß ich mich wohl auf eine kurzung meines lohnes gefaßt machen" Tatsachlich sind die kollegen den neuen anforderungen kaum gewachsen, andere fahigkeiten werden von ihnen verlangt, wie hohere konzentration bei weniger abwechslung, erhohte arbeitsleistung der einzelnen bei verstarkter kontrolle Der druck auf den magen, streß und erhohte anfalligkeit fur krankheiten sind die folgen, die ursachen liegen nicht auf der hand und werden oft zu spat erkannt Ein beispiel der arbeitsplatz an der lesemaschine Damit das hochempfindliche elektrische gerat fehlerfrei arbeitet, muß es gekuhlt werden Der betroffene kollege wird dabei mit gekuhlt, bis runter zur gurtellinie auf 16 grad C Durch erfahrungen und schlechte aussichten sind viele kollegen bereit, sich einen neuen job zu suchen - obwohl die chancen schwinden

So findet die mehrzahl der gefeuerten kollegen im graphischen gewerbe keinen arbeitsplatz mehr Sie sollen, wie es so schön heißt, dem "arbeitsmarkt wieder zugeführt werden", es sei denn, sie wurden "ausgealtert"

Bei den umschulungsmaßnahmen stellen die arbeitslosen dann fest, daß sie kaum noch in der lage sind, sich die notwendigen fertigkeiten und kenntnisse anzueignen. Und mit ihrer alten qualifikation können sie ja nichts mehr anfangen. Schon zu beginn stellt sich die frage "Wie lange werde ich den neuen job uberhaupt ausführen können, werde ich überhaupt einen neuen finden? "Solche fragen qualen besonders ältere kollegen, die für die rente noch zu jung sind

Hinzu kommt seit neuestem, daß man sich in vielen fallen bei der umschulung hoch verschulden muß, weil die unterhaltszahlungen nur noch auf darlehen gewährt werden.

Viele kollegen in der druckindustrie, die ihren arbeitsplatz noch nicht verloren haben, trauen sich im augenblick nicht, sich zu wehren. Denn sie haben angst, dann als nächster auf die straße zu fliegen. Von den meisten betriebsräten haben sie auch keine unterstützung zu erwarten. Zitat eines betriebsrates "Kollegen, kein aufstand, sonst sind die getroffenen vereinbarungen gefährdet."

Die gewerkschaftsspitze der IG Druck tönt "In Köln passiert uns das nicht (was in anderen städten passiert ist), wir haben das hier im griff!"

Wer wen in den griff zu nehmen versucht, machen die oben geschilderten Kölner vorgänge deutlich Neven du Mont und spezis versuchen, die kollegen ihrer betriebe in den (würge-)griff zu bekommen.

Damit es in Köln eben nicht so läuft wie jüngst in anderen städten, haben sich gewerkschaftskollegen aus Kölner betrieben in einem arbeitskreis "Zur wirtschaftlichen und technischen Entwicklung in der Druckindustrie" zusammengeschlossen. Die erste sitzung fand am 22.9. statt. Sie haben dort verabredet, sich wöchentlich zu treffen.

Die einzelnen termine erfahrt man bei der IG Druck und Papier, Tel 51 78 44

(aus Kolner Volksblatt 10/75)

gasmänner bitten zur kasse

Koln (ID) 8. Oktober

Stadt und olgesellschaften lassen die gasuhren schneller ticken

Als die kommunalwahlen anstanden, haben die Kölner aufschwung und fruhling gewählt und jetzt haben wir den salat! Die ratsvertreter halten wort, wo eben sie können und geben den städtischen preisen einen kraftigen aufschwung Erstmal ordentlich die straßenbahn- und buspreise raufgesetzt und jetzt zum 1 Oktober die gaspreise um 50 % !

Schon bei der KVB-preiserhöhung war die rede von millionenverlusten, wobei aber verschwiegen wurde, daß diese nicht durch den personenverkehr verursacht werden Genauso geht es auch hier zu in weinerlichen anzeigen lassen die gas wasser und elektrizitatswerke Köln verbreiten "volle deckung unserer aufwendungen wurde bisher nicht erreicht"

Immerhin weist der GEW-geschaftsbericht des letzten jahres einen gewinn von 35 mill mark aus Und vorher haben die GEW schon 47 mill "konzessionsabgabe" in die stadtkasse gezahlt für die erlaubnis, daß diese städtische gesellschaft die linksrheinischen Kölner mit strom und gas beliefern darf!

Weil man damit noch nicht so einfach eine preiserhöhung begründen kann, kommt ein zweites argument hinzu es wird behauptet, die liefergesellschaften würden die preise um 100 % erhöhen Aber natürlich wird nicht verraten, wie hoch der einkaufspreis ist Direktor Koch von den GEW weist eine solche telefonische anfrage als geradezu unsittlich und unverschämt zurück Wie hieß es doch noch in der werbeanzeige "Über die genauen gaspreise werden wir sie rechtzeitig informieren!" Aber das sind natürlich nur die preise, die wir zahlen sollen. Daß eine erhöhung notwendig ist, müssen die stadtkinder ihren stadtvätern schon glauben Aber ein beleg über die preiserhöhungen ist von ihnen nicht zu erwarten

Machen wir es uns aber nicht zu einfach und glauben wir mal an das gute bei den stadtwerken, obwohl die uns bei den fahrpreisen schon ganz schön reingelegt haben. Tatsächlich fällt es in diesem fall nicht schwer, den GEW-männern zu glauben, daß auch die liefergesellschaften die preise ordentlich erhöhen wollen Denn die Kölner werden von den gesellschaften Ruhr-Gas-AG und Thyssen-Gas-AG beliefert Und diese haben sich für den gaspreis eine für sie sehr kluge und vorteilhafte wie einfache regel ausgedacht sie haben den gaspreis an den ölpreis gebunden. Steigt der ölpreis, steigt der gaspreis, sinkt der ölpreis, sinkt der gaspreis (wobei letzteres rein symbolischen charakter hat, da der ölpreis ja doch nicht sinkt). Und nach dieser regel müssen jetzt leider die gaspreise erhöht werden. Aber dafür gibt es doch keinen einsehbaren grund, denken sie vielleicht. Genausogut könnte man den gaspreis an den mittleren Rheinwasserspiegel oder an die autoproduktion bei Ford binden.

Allein die gasmänner vom Ruhr- und Thyssengas wissen schon, was sie tun und warum sie die gaspreise an die ölpreise binden. Denn über die hälfte der Ruhr-Gas-AG-aktien gehören Texaco, Mobil Oil, Esso, Shell und BP, und die Thyssen-Gas ist zu 49 % in den händen von Esso und Shell. Und die möchten sich doch nicht konkurrenz durch billiges gas machen.

Wir hatten doch vor zeiten in der schule gelernt.

wir mal nach: an der holländischen grenze übernimmt die Ruhr-Gas-AG einen kubikmeter gas für sechs pfennige und die stadt wird bald an die 40 pfennige verlangen. Bei den gaspreisen wird manchem ein licht aufgehen, für wen die "freie marktwirtschaft" die beste ist.

(aus: Kölner Volksblatt 10/75)

Katz-werke wollen betrieb stillegen

Speele (ID) 1. Oktober Am 28. Juli dieses jahres platzte in einer betriebsratssitzung in Speele der betriebsleiter mit der ankündigung heraus, zum 31. August müßten die Katz-werke, seit 1972 pächter der fabrik für saugfähige pappe, den betrieb stillegen.

Nach dem motto: "gesagt - getan" verschickte die betriebsleitung einen tag später kündigungen an alle beschäftigten. Daß hier die paragrafen 102 und 111 des betriebsverfassungsgesetzes grob mißachtet wurden, wonach u.a. bei stillegung eines betriebes der betriebsrat umfassend und allseitig zu informieren ist, kümmerte die sauberen manager offenbar nicht. Gleichzeitig mit den kündigungen schickten sie einen antrag auf massenentlassung an das Mündener arbeitsamt.

Der massenentlassungsausschuß in Hannover hat aufgrund des einspruchs durch den betriebsrat eine sperrfrist von vier wochen für die vorgesehenen entlassungen verhängt. Der betriebsrat seinerzeit hat die alternative kurzarbeit statt entlassungen ins spiel gebracht. Darauf aber lassen sich die Katz-unternehmer nicht ein. Im Gegenteil. Sie haben "vorsorglich" noch einmal alle beschäftigten gekündigt, für den fall, daß die ersten kündigungen für rechtsunwirksam erklärt werden.

Der willkür der kapitalisten ist bei uns praktisch keine grenze gesetzt. Sie spielen mit entlassungen herum, als gehe es nicht um die existenzgrundlage von arbeitern und angestellten, sondern um kostenfaktoren, genau wie maschinen, die man bei bedarf kauft und irgendwann verschrottet.

Der betriebsrat in Speele hat nun der geschäftsleitung vorstellungen über einen interessenausgleich und sozialplan vorgelegt, die diese rundheraus abgelehnt hat. Hier ging es darum, wenigstens noch etwas geld für die von arbeitslosigkeit betroffenen herauszuholen - ein sehr bescheidenes trostpflaster. Aber selbst das ist den herren in der unternehmensleitung noch zuviel. So war der betriebsrat gezwungen, die einigungsstelle anzurufen. Nachdem die geschäftsleitung die vorschläge des betriebsrates über verhandlungstermin und die besetzung der einigungsstelle ebenfalls abgelehnt hat, versucht der betriebsrat nun, über ein beschlußverfahren beim arbeitsgericht Göttingen die Katz-werke in die einigungsstelle zu zwingen.

Motiv: Profitsucht

Die geschäftsleitung begründet ihre stillegungspläne damit, daß ausländische konkurrenz einen starken auftragsrückgang bewirkt habe und die künftige marktentwicklung für eine weiterführung des betriebes zu unsicher sei. Die erfahrungen der kollegen in Speele zeigen, daß hier ganz andere gründe vorliegen: sie mußten bis in den August sonnabends arbeiten und reparaturen außerhalb der normalen arbeitszeit durchführen. Alles, damit auf teufel komm raus produziert werden konnte.

Sind das maßnahmen von kapitalisten, die keine aufträge mehr haben oder erwarten? Wohl kaum. In wirklichkeit wollen sich die Katz-werke mit der jetzigen stillegung die taschen noch mal mit zusätzlichem profit vollstopfen - und das auf kosten der kollegen.

Die Katz-werke sind zur zeit nur pächter der fabrik in Speele. Im rahmen des konkursverfahrens gegen den pleitegegangenen besitzer Seidel kommt der betrieb in die zwangsversteigerung. Die geschäftsleitung der Katz-werke hat wiederholt geäußert, sie wolle kaufen - selbstredend möglichst billig. Da legt sie mal eben schnell die produktion still, und schon sinkt der kaufpreis im ganzen. Was nach dem geplanten verkauf passieren wird, wissen im augenblick nur die unternehmer.

Vielleicht legen sie endgültig still, weil der betrieb unrentabel geworden ist, vielleicht kurbeln sie nach ein paar monaten aber die produktion auch wieder an. Stellen die Katz-werke dann wieder arbeiter ein, haben sie vermutlich einen großen reibach gemacht: Fabrik zum "schrottpreis" gekauft, lager leergefegt, löhne gespart einschließlich weihnachtsgeld, 13. monatseinkommen, urlaubsgeld.

Ältere kollegen werden möglicherweise nicht wieder eingestellt, sondern auf der straße gelassen. Mit weniger und jüngeren leuten läßt sich ja bei der jetzt vorhandenen angst um den arbeitsplatz sicher genausoviel produzieren wie vor der stillegung. Schließlich und endlich zahlt unser "sozialstaat" für diese sauberen methoden auch noch große summen an direkten subventionen - es werden ja "neue" arbeitsplätze geschaffen.

Daß alles das auf dem rücken der arbeiter gemacht wird, für die große lohnverluste und möglicherweise dauerarbeitslosigkeit eintritt, was kümmert das die geschäftsleitung? Sie bringt ihr schäfchen ins trockene, koste es (für die arbeiter), was es wolle.

Was bleibt da von den markigen unternehmersprüchen, wie wir sie am anfang zitiert haben? Nichts!

So wie die vorgänge in Speele zeigen, was kapitalisten wirklich wollen, so haben bei anderer gelegenheit die arbeiter in Speele gezeigt, wie man sich gegen die folgen von profitsucht und unternehmerwillkür erfolgreich zur wehr setzen kann: als die Katz-werke 1973 mit ähnlichen tricks wie heute versuchten, fällige lohnerhöhungen zu umgehen, wurden sie von den kollegen in einer 22 stunden, über zwei tage dauernden betriebsversammlung gezwungen, die volle lohnerhöhung zu zahlen. (Daß die geschäftsleitung diese betriebsversammlung als "streik" bezeichnet hat, sei hier nur am rande erwähnt.)

Worum es den arbeitern in Speele jetzt geht, haben sie selbst auf einem großen transparent deutlich gemacht, das auf dem betriebsgelände hängt: Wir wollen arbeiten nicht stempeln!

(aus: Göttinger Betriebs Express, Nr. 14, 1.10.75)

Aeroquip : kurzarbeit und entlassungen

Hannoversch-Münden (ID) 1. Oktober Auch bei Aeroquip in Hann. Münden haben nun arbeiter die folgen der durch die unternehmer zu verantwortenden krise zu tragen: insgesamt 60 beschäftigte des konzerns werden entlassen, davon 23 in Hann.-Münden, wo gummischläuche hergestellt werden. Ab ende September wird bis auf wenige abteilungen für drei monate kurzgearbeitet. Neben Hann.-Münden werden noch entlassungen in betrieben in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg vorgenommen.

Der gesamtbetriebsrat konnte in den verhandlungen mit der konzernleitung zunächst einen ins detail gehenden wirtschaftsbericht erzwingen. Die frage der entlassungen wurde von ihm mit der zustimmung zur kurzarbeit verknüpft. So konnte immerhin ein guter sozialplan für die zur entlassung anstehenden kolleginnen und

wir mal nach: an der holländischen grenze übernimmt die Ruhr-Gas-AG einen kubikmeter gas für sechs pfennige und die stadt wird bald an die 40 pfennige verlangen. Bei den gaspreisen wird manchem ein licht aufgehen, für wen die "freie marktwirtschaft" die beste ist.

(aus: Kölner Volksblatt 10/75)

Katz-werke wollen betrieb stillegen

Speele (ID) 1. Oktober Am 28. Juli dieses jahres platzte in einer betriebsratssitzung in Speele der betriebsleiter mit der ankündigung heraus, zum 31. August müßten die Katz-werke, seit 1972 pächter der fabrik für saugfähige pappe, den betrieb stillegen.

Nach dem motto: "gesagt - getan" verschickte die betriebsleitung einen tag später kündigungen an alle beschäftigten. Daß hier die paragrafen 102 und 111 des betriebsverfassungsgesetzes grob mißachtet wurden, wonach u.a. bei stillegung eines betriebes der betriebsrat umfassend und allseitig zu informieren ist, kümmerte die sauberen manager offenbar nicht. Gleichzeitig mit den kündigungen schickten sie einen antrag auf massenentlassung an das Mündener arbeitsamt.

Der massenentlassungsausschuß in Hannover hat aufgrund des einspruchs durch den betriebsrat eine sperrfrist von vier wochen für die vorgesehenen entlassungen verhängt. Der betriebsrat seinerzeit hat die alternative kurzarbeit statt entlassungen ins spiel gebracht. Darauf aber lassen sich die Katz-unternehmer nicht ein. Im Gegenteil. Sie haben "vorsorglich" noch einmal alle beschäftigten gekündigt, für den fall, daß die ersten kündigungen für rechtsunwirksam erklärt werden.

Der willkür der kapitalisten ist bei uns praktisch keine grenze gesetzt. Sie spielen mit entlassungen herum, als gehe es nicht um die existenzgrundlage von arbeitern und angestellten, sondern um kostenfaktoren, genau wie maschinen, die man bei bedarf kauft und irgendwann verschrottet.

Der betriebsrat in Speele hat nun der geschäftsleitung vorstellungen über einen interessenausgleich und sozialplan vorgelegt, die diese rundheraus abgelehnt hat. Hier ging es darum, wenigstens noch etwas geld für die von arbeitslosigkeit betroffenen herauszuholen - ein sehr bescheidenes trostpflaster. Aber selbst das ist den herren in der unternehmensleitung noch zuviel. So war der betriebsrat gezwungen, die einigungsstelle anzurufen. Nachdem die geschäftsleitung die vorschläge des betriebsrates über verhandlungstermin und die besetzung der einigungsstelle ebenfalls abgelehnt hat, versucht der betriebsrat nun, über ein beschlußverfahren beim arbeitsgericht Göttingen die Katz-werke in die einigungsstelle zu zwingen.

Motiv: Profitsucht

Die geschäftsleitung begründet ihre stillegungspläne damit, daß ausländische konkurrenz einen starken auftragsrückgang bewirkt habe und die künftige marktentwicklung für eine weiterführung des betriebes zu unsicher sei. Die erfahrungen der kollegen in Speele zeigen, daß hier ganz andere gründe vorliegen: sie mußten bis in den August sonnabends arbeiten und reparaturen außerhalb der normalen arbeitszeit durchführen. Alles, damit auf teufel komm raus produziert werden konnte.

Sind das maßnahmen von kapitalisten, die keine aufträge mehr haben oder erwarten? Wohl kaum. In wirklichkeit wollen sich die Katz-werke mit der jetzigen stillegung die taschen noch mal mit zusätzlichem profit vollstopfen - und das auf kosten der kollegen.

Die Katz-werke sind zur zeit nur pächter der fabrik in Speele. Im rahmen des konkursverfahrens gegen den pleitegegangenen besitzer Seidel kommt der betrieb in die zwangsversteigerung. Die geschäftsleitung der Katz-werke hat wiederholt geäußert, sie wolle kaufen - selbstredend möglichst billig. Da legt sie mal eben schnell die produktion still, und schon sinkt der kaufpreis im ganzen. Was nach dem geplanten verkauf passieren wird, wissen im augenblick nur die unternehmer.

Vielleicht legen sie endgültig still, weil der betrieb unrentabel geworden ist, vielleicht kurbeln sie nach ein paar monaten aber die produktion auch wieder an. Stellen die Katz-werke dann wieder arbeiter ein, haben sie vermutlich einen großen reibach gemacht: Fabrik zum "schrottpreis" gekauft, lager leergefegt, löhne gespart einschließlich weihnachtsgeld, 13. monatseinkommen, urlaubsgeld.

Ältere kollegen werden möglicherweise nicht wieder eingestellt, sondern auf der straße gelassen. Mit weniger und jüngeren leuten läßt sich ja bei der jetzt vorhandenen angst um den arbeitsplatz sicher genausoviel produzieren wie vor der stillegung. Schließlich und endlich zahlt unser "sozialstaat" für diese sauberen methoden auch noch große summen an direkten subventionen - es werden ja "neue" arbeitsplätze geschaffen.

Daß alles das auf dem rücken der arbeiter gemacht wird, für die große lohnverluste und möglicherweise dauerarbeitslosigkeit eintritt, was kümmert das die geschäftsleitung? Sie bringt ihr schäfchen ins trockene, koste es (für die arbeiter), was es wolle.

Was bleibt da von den markigen unternehmersprüchen, wie wir sie am anfang zitiert haben? Nichts!

So wie die vorgänge in Speele zeigen, was kapitalisten wirklich wollen, so haben bei anderer gelegenheit die arbeiter in Speele gezeigt, wie man sich gegen die folgen von profitsucht und unternehmerwillkür erfolgreich zur wehr setzen kann: als die Katz-werke 1973 mit ähnlichen tricks wie heute versuchten, fällige lohnerhöhungen zu umgehen, wurden sie von den kollegen in einer 22 stunden, über zwei tage dauernden betriebsversammlung gezwungen, die volle lohnerhöhung zu zahlen. (Daß die geschäftsleitung diese betriebsversammlung als "streik" bezeichnet hat, sei hier nur am rande erwähnt.)

Worum es den arbeitern in Speele jetzt geht, haben sie selbst auf einem großen transparent deutlich gemacht, das auf dem betriebsgelände hängt: Wir wollen arbeiten nicht stempeln!

(aus: Göttinger Betriebs Express, Nr. 14, 1.10.75)

Aeroquip : kurzarbeit und entlassungen

Hannoversch-Münden (ID) 1. Oktober Auch bei Aeroquip in Hann. Münden haben nun arbeiter die folgen der durch die unternehmer zu verantwortenden krise zu tragen. Insgesamt 60 beschäftigte des konzerns werden entlassen, davon 23 in Hann.-Münden, wo gummischläuche hergestellt werden. Ab ende September wird bis auf wenige abteilungen für drei monate kurzgearbeitet. Neben Hann.-Münden werden noch entlassungen in betrieben in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg vorgenommen.

Der gesamtbetriebsrat konnte in den verhandlungen mit der konzernleitung zunächst einen ins detail gehenden wirtschaftsbericht erzwingen. Die frage der entlassungen wurde von ihm mit der zustimmung zur kurzarbeit verknüpft. So konnte immerhin ein guter sozialplan für die zur entlassung anstehenden kolleginnen und

wir mal nach: an der holländischen grenze übernimmt die Ruhr-Gas-AG einen kubikmeter gas für sechs pfennige und die stadt wird bald an die 40 pfennige verlangen. Bei den gaspreisen wird manchem ein licht aufgehen, für wen die "freie marktwirtschaft" die beste ist.

(aus: Kölner Volksblatt 10/75)

Katz-werke wollen betrieb stillegen

Speele (ID) 1. Oktober Am 28. Juli dieses jahres platzte in einer betriebsratssitzung in Speele der betriebsleiter mit der ankündigung heraus, zum 31. August müßten die Katz-werke, seit 1972 pächter der fabrik für saugfähige pappe, den betrieb stillegen.

Nach dem motto: "gesagt - getan" verschickte die betriebsleitung einen tag später kündigungen an alle beschäftigten. Daß hier die paragrafen 102 und 111 des betriebsverfassungsgesetzes grob mißachtet wurden, wonach u.a. bei stillegung eines betriebes der betriebsrat umfassend und allseitig zu informieren ist, kümmerte die sauberen manager offenbar nicht. Gleichzeitig mit den kündigungen schickten sie einen antrag auf massenentlassung an das Mündener arbeitsamt.

Der massenentlassungsausschuß in Hannover hat aufgrund des einspruchs durch den betriebsrat eine sperrfrist von vier wochen für die vorgesehenen entlassungen verhängt. Der betriebsrat seinerzeit hat die alternative kurzarbeit statt entlassungen ins spiel gebracht. Darauf aber lassen sich die Katz-unternehmer nicht ein. Im Gegenteil. Sie haben "vorsorglich" noch einmal alle beschäftigten gekündigt, für den fall, daß die ersten kündigungen für rechtsunwirksam erklärt werden.

Der willkür der kapitalisten ist bei uns praktisch keine grenze gesetzt. Sie spielen mit entlassungen herum, als gehe es nicht um die existenzgrundlage von arbeitern und angestellten, sondern um kostenfaktoren, genau wie maschinen, die man bei bedarf kauft und irgendwann verschrottet.

Der betriebsrat in Speele hat nun der geschäftsleitung vorstellungen über einen interessenausgleich und sozialplan vorgelegt, die diese rundheraus abgelehnt hat. Hier ging es darum, wenigstens noch etwas geld für die von arbeitslosigkeit betroffenen herauszuholen - ein sehr bescheidenes trostpflaster. Aber selbst das ist den herren in der unternehmensleitung noch zuviel. So war der betriebsrat gezwungen, die einigungsstelle anzurufen. Nachdem die geschäftsleitung die vorschläge des betriebsrates über verhandlungstermin und die besetzung der einigungsstelle ebenfalls abgelehnt hat, versucht der betriebsrat nun, über ein beschlußverfahren beim arbeitsgericht Göttingen die Katz-werke in die einigungsstelle zu zwingen.

Motiv: Profitsucht

Die geschäftsleitung begründet ihre stillegungspläne damit, daß ausländische konkurrenz einen starken auftragsrückgang bewirkt habe und die künftige marktentwicklung für eine weiterführung des betriebes zu unsicher sei. Die erfahrungen der kollegen in Speele zeigen, daß hier ganz andere gründe vorliegen: sie mußten bis in den August sonnabends arbeiten und reparaturen außerhalb der normalen arbeitszeit durchführen. Alles, damit auf teufel komm raus produziert werden konnte.

Sind das maßnahmen von kapitalisten, die keine aufträge mehr haben oder erwarten? Wohl kaum. In wirklichkeit wollen sich die Katz-werke mit der jetzigen stillegung die taschen noch mal mit zusätzlichem profit vollstopfen - und das auf kosten der kollegen.

Die Katz-werke sind zur zeit nur pächter der fabrik in Speele. Im rahmen des konkursverfahrens gegen den pleitegegangenen besitzer Seidel kommt der betrieb in die zwangsversteigerung. Die geschäftsleitung der Katz-werke hat wiederholt geäußert, sie wolle kaufen - selbstredend möglichst billig. Da legt sie mal eben schnell die produktion still, und schon sinkt der kaufpreis im ganzen. Was nach dem geplanten verkauf passieren wird, wissen im augenblick nur die unternehmer.

Vielleicht legen sie endgültig still, weil der betrieb unrentabel geworden ist, vielleicht kurbeln sie nach ein paar monaten aber die produktion auch wieder an. Stellen die Katz-werke dann wieder arbeiter ein, haben sie vermutlich einen großen reibach gemacht: Fabrik zum "schrottpreis" gekauft, lager leergefegt, löhne gespart einschließlich weihnachtsgeld, 13. monatseinkommen, urlaubsgeld.

Ältere kollegen werden möglicherweise nicht wieder eingestellt, sondern auf der straße gelassen. Mit weniger und jüngeren leuten läßt sich ja bei der jetzt vorhandenen angst um den arbeitsplatz sicher genausoviel produzieren wie vor der stillegung. Schließlich und endlich zahlt unser "sozialstaat" für diese sauberen methoden auch noch große summen an direkten subventionen - es werden ja "neue" arbeitsplätze geschaffen.

Daß alles das auf dem rücken der arbeiter gemacht wird, für die große lohnverluste und möglicherweise dauerarbeitslosigkeit eintritt, was kümmert das die geschäftsleitung? Sie bringt ihr schäfchen ins trockene, koste es (für die arbeiter), was es wolle.

Was bleibt da von den markigen unternehmersprüchen, wie wir sie am anfang zitiert haben? Nichts!

So wie die vorgänge in Speele zeigen, was kapitalisten wirklich wollen, so haben bei anderer gelegenheit die arbeiter in Speele gezeigt, wie man sich gegen die folgen von profitsucht und unternehmerwillkür erfolgreich zur wehr setzen kann: als die Katz-werke 1973 mit ähnlichen tricks wie heute versuchten, fällige lohnerhöhungen zu umgehen, wurden sie von den kollegen in einer 22 stunden, über zwei tage dauernden betriebsversammlung gezwungen, die volle lohnerhöhung zu zahlen. (Daß die geschäftsleitung diese betriebsversammlung als "streik" bezeichnet hat, sei hier nur am rande erwähnt.)

Worum es den arbeitern in Speele jetzt geht, haben sie selbst auf einem großen transparent deutlich gemacht, das auf dem betriebsgelände hängt: Wir wollen arbeiten nicht stempeln!

(aus: Göttinger Betriebs Express, Nr. 14, 1.10.75)

Aeroquip : kurzarbeit und entlassungen

Hannoversch-Münden (ID) 1. Oktober Auch bei Aeroquip in Hann. Münden haben nun arbeiter die folgen der durch die unternehmer zu verantwortenden krise zu tragen: insgesamt 60 beschäftigte des konzerns werden entlassen, davon 23 in Hann.-Münden, wo gummischläuche hergestellt werden. Ab ende September wird bis auf wenige abteilungen für drei monate kurzgearbeitet. Neben Hann. Münden werden noch entlassungen in betrieben in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg vorgenommen.

Der gesamtbetriebsrat konnte in den verhandlungen mit der konzernleitung zunächst einen ins detail gehenden wirtschaftsbericht erzwingen. Die frage der entlassungen wurde von ihm mit der zustimmung zur kurzarbeit verknüpft. So konnte immerhin ein guter sozialplan für die zur entlassung anstehenden kolleginnen und

kollegen abgeschlossen werden. Trotz dieser relativ guten regelung darf man nicht übersehen, daß sich an der entwicklung bei Aeroquip mal wieder zeigt: durch kurzarbeit werden entlassungen nicht verhindert.

Wenn es den unternehmern in den kram paßt, nutzen sie beide möglichkeiten zur profitsicherung. Leidtragende sind arbeiter und angestellte mit dem verlust des arbeitsplatzes oder Lohneinbußen.

(aus: Göttinger Betriebs Express, Nr. 14, 1.10.75)

Conti - die aktionäre können zufrieden sein! - Lohnabbau für die belegschaft

Hannover (ID) 1. Oktober — Anläßlich der vorlage des geschäftsberichtes der Continental-Gummi AG machte Dr. Carlheinz Hahn, vorstandsvorsitzender, auf einer pressekonferenz eine erste aufrechnung:

- der umsatz stieg um 15 % auf 1,45 mrd. mark
- der pro-kopf-umsatz stieg um 25 % auf 67 500 mark,
- die produktivität konnte in allen arbeitsbereichen gesteigert werden
- der ausgewiesene verlust von 1973 in höhe von 40,3 mill. mark konnte 1974 auf 19,6 mill. mark halbiert werden (wobei die üblichen bilanzverschleierungen noch unberücksichtigt bleiben),

Hier soll gar nicht aufgezeigt werden, daß die ursachen für diese verluste nicht nur in der allgemeinen wirtschaftlichen lage,sondern - wie jeder kollege weiß - auch in den schweren fehlern des managements zu suchen sind. An dieser stelle geht es nur um das, was die zahlen deutlich machen: Hahn will, wie er sagt, den "verpflichtungen gegenüber den aktionären mit größtmöglichem tempo nachkommen", damit deren dividenden schon bald wieder stimmen.

Wer trägt die kosten für die zufriedenheit der Conti-kapitalisten?

Was Hahn dagegen von verpflichtungen gegenüber der belegschaft hält, das zeigt ein blick in die statistik: Die vorteile der kapitalbesitzer kommen einzig und allein auf kosten der Conti-arbeiter und -angestellten zustande.

- Die belegschaft wurde 1974 um 8 % abgebaut, d.h. über 2.000 arbeitsplätze wurden bisher beseitigt und der personalabbau hält weiterhin an.
- Die lohn- und gehaltsleistungen stagnierten - 1974 bei 600 mill mark.
- In allen betrieben gab es kurzarbeit (Gerade in Northeim kann man ein lied davon singen.)

Die lage der belegschaft verschlechtert sich weiter!

Hahn läßt keinen zweifel daran, daß er die situation der Conti weiterhin auf dem rücken der belegschaft verbessern will. Nicht die sicherung von arbeitsplätzen steht dabei im vordergrund, wie man den kolleginnen und kollegen weismachen will, vielmehr dienen die anstehenden maßnahmen vor allem der profitmacherei:

- In sämtlichen betrieben wird im Dezember und über die feiertage kurzarbeit gemacht, obwohl die auftragslage verhältnismäßig gut ist.
- Die angeblich "weggelaufenen" akkorde sollen neu berechnet werden, wobei mit einer senkung von rund 16 % kalkuliert wird.
- Die Drei-Schicht-zulage soll entfallen, dafür sollen die schichtarbeiter dann samstags arbeiten, um auf ihre stundenzahl zu kommen.
- Die gratifikation von zwanzig pfennig soll entfallen, und die zuschüsse für buslinien und kantinenessen sind auch schon im visier der rationalisierer.
- Ältere kolleginnen und kollegen werden gedrängt, "freiwillig" früher aus dem betrieb auszuscheiden.
- Nicht zuletzt ist mit weiteren entlassungen zu rechnen. Immer häufiger werden kündigungen aus sogenanntem "persönlichem grund" ausgesprochen, die einerseits die unsicherheit in der belegschaft vergrößern und andererseits die solidarität mit den betroffenen kollegen und einen möglichen widerspruch des betriebsrates erschweren.

Was kann die belegschaft tun?

Als sachwalter der Conti-kapitalisten hat dr. Hahn sein rezept vorgetragen. Wie er im radio sagte, heißt es: "rationalisieren, rationalisieren"! Dieses kapitalistische rezept bedeutet für die arbeiter und angestellten: arbeitsplatzunsicherheit, lohnabbau und verstärkte arbeitshetze.

In dieser situation ist ein geschlossenes vorgehen der belegschaft notwendiger denn je. Der geschäftsleitung muß deutlich gemacht werden, daß diese maßnahmen nicht widerspruchslos hingenommen werden. Alle kolleginnen und kollegen sollten gemeinsam mit den vertrauensleuten und betriebsräten überlegen, wie eine weitere verschlechterung ihrer lage verhindert werden kann. Als voraussetzung dafür muß der betriebsrat genauer die wirtschaftliche situation überprüfen und darf sich nicht nur auf die aussagen der geschäftsleitung verlassen und auf deren panikmache hereinfallen. Es geht auch nicht, daß einige betriebsräte als geheimräte arbeiten oder sogar im alleingang vorschläge an die geschäftsleitung machen, die für die belegschaft von nachteil sind. Alle kolleginnen und kollegen im betrieb und besonders die vertrauensleute sollten darauf drängen, rechtzeitig informationen zu bekommen und alle schritte frühzeitig gemeinsam zu besprechen, denn sie sind die betroffenen. Es ist klar, daß dafür der bericht des betriebsrates auf der vierteljährlichen betriebsversammlung allein nicht ausreicht.

(aus: Göttinger Betriebs Express, Nr. 14, 1.10.75)

drastische fahrpreiserhöhungen geplant

Trier (ID) 30. September — Der "Triersche Volksfreund" (einzige Trierer lokalzeitung) überraschte am 13.9. die bevölkerung mit der veröffentlichung des plans der stadtwerke Trier, die fahrpreise für die öffentlichen nahverkehrsmittel drastisch zu erhöhen. Die geplanten erhöhungen betragen zwischen 8,3 und 100 (hundert) Prozent.

Hier einige beispiele:

tariffahrten:

tariffahrten:	bisher:	jetzt:	erh. in %:
1. einzelfahrscheine kernzone			
Kinder (6-15 jahre)	0,50	0,70	40 %
erwachsene	0,70	0,90	28,57
2. wochenkarten (zwölf fahrten)			
schüler, kern- und außenzone: erhöhungen von 15,8 bis 68,5 % (!)			
zwölf-fahrten-geschwisterkarte: 40 bis 68,5 % (!)			
Erwachsene, kernzone:		5,50	
außenzone:		10,50	
(zus. 17,9 bis 34,5 %) bis		13,90	
sichtkarte mit beliebigem übergang in die kernzone:		15,00	

3 monatskarten			
schüler und studenten			
werktags vormittags	25,00	30,20	
nur werktags	neu	40,00	
allgemein	neu	45,00	
über zwei zonen	neu	52,00 (!)	
erwachsene allgemein	45,00	55,00	
außenzone	32,00 bis 41,00	64,00 (!)	56 bis 100
liniengebundene sichtkarte für 3 zonen mit umsteigen		46,20 bis 55,20	17,4 bis 21,5
4 jahreskarten			
erwachsene	400,00	500,00	25

Am härtesten sind dabei bezeichnenderweise die dauerbenutzer betroffen, also schüler, studenten und diejenigen, die mit dem bus zur arbeit fahren. Während einerseits die monatskarten für die außenzonen, wie oben ersichtlich, z.t. um 100 % erhöht werden sollen, ist auch eine erhebliche verteuerung der schülermonatskarten vorgesehen. Für die außenzonen ist als neuerung die einführung einer schülermonatskarte geplant, die 52 mark kosten soll, was besonders schwer wiegt angesichts der tatsache, daß erst zu beginn dieses schuljahres das kultusministerium die fahrtkostenerstattung für schüler aufgehoben hat.

Begründet werden diese erhöhungen mit dem hohen defizit, das die städtischen verkehrsbetriebe in diesem jahr machen werden (3,8 mill.). Eine interessante begründung, wenn man bedenkt, daß die stadtwerke, denen die verkehrsbetriebe angeschlossen sind, in der lage waren, ein neues verwaltungsgebäude für 7,3 mill. mark zu bauen, wenn man bedenkt, daß die stadt 60 - 80.000 mark jährlich ausgeben kann, um das amt eines ehrenamtlichen beigeordneten neu zu schaffen, oder daß die stadt den bau des Horten-parkhauses mit 650.000 mark bezuschussen konnte und außerdem die grundstückskosten zu übernehmen in der lage war.

Vorgesehen war, die vorschläge der stadtwerke in der stadtratssitzung am 25.9. zu beschließen. Aber nach der veröffentlichung der pläne im "Trierschen Volksfreund" begann sich in der bevölkerung massiver protest zu regen. In leserbriefen wurde gefordert, die fahrpreise nicht zu erhöhen, u.a. protestierten GEW, Jusos und die schülersprecher der Trierer schulen öffentlich gegen die pläne. Oberbürgermeister Harnisch (CDU) sah sich veranlaßt, in einem frühschoppengespräch der zeitung vorzuwerfen, mit der veröffentlichung des vorhabens eine indiskretion begangen zu haben. Aus dieser äußerung konnte für jeden offensichtlich werden, daß es die absicht der stadtväter war, die erhöhungen heimlich über die bühne zu bringen und die betroffenen vor vollendete tatsachen zu stellen, eine absicht, die sie jetzt durch das ungeschick der lokalpresse durchkreuzt sahen. Wie in erfahrung gebracht wurde, sollen sogar schon die neuen fahrscheine gedruckt vorliegen.

Die angst vor dem widerstand der bevölkerung erreichte schließlich ein solches ausmaß, daß die CDU-fraktion des stadtrats ihre soziale seite entdeckte und, wie der Triersche Volksfreund am 24.9. berichtete, einen antrag einreichte, den punkt fahrpreiserhöhungen auf die übernächste stadtratssitzung zu vertagen. Als grund gaben sie an, daß sie in der zwischenzeit die vorschläge, die ihr parteifreund, stadtwerksdirektor Zimmermann mit vorgelegt hatte, überarbeiten und verbessern wollen, weil kinderreiche und einkommensschwache familien doch zu hart betroffen seien, ein versuch, dem widerstand die spitze abzubrechen.

Am 25.9., dem tag der stadtratssitzung, machte die einige tage vorher gebildete "Aktionseinheit gegen die Fahrpreiserhöhungen" u.a. bestehend aus KBW-sympathisanten, SUSI (= Sozialistische Unabhängige Studenten Initiativen, eine undogmatische gruppe an der uni), gewerkschaftern, schülersprechern und studentenparlamentsmitgliedern, einen kleinen umzug durch die innenstadt. Mit sprechchören und auf einem transparent wurde "keine fahrpreiserhöhungen!" gefordert. In einem flugblatt wurde die neue taktik der CDU-fraktion analysiert. Die bevölkerung rief man auf, zur stadtratssitzung zu kommen, um die pläne der stadtväter zu vereiteln und vom stadtrat zu verlangen, die fahrpreiserhöhungen ganz bleiben zu lassen.

Auf der sitzung waren dann ca. 80 fahrpreisgegner anwesend. Die beabsichtigte mobilisierung größerer teile der bevölkerung war nicht gelungen. Wie erwartet, wurde der punkt vertagt. Nachdem die fahrpreisgegner mit sprechchören und zwischenrufen dennoch ihre forderung zum ausdruck gebracht hatten, verließen sie das rathaus, "sichtlich enttäuscht", wie der Triersche Volksfreund interpretierte. Von enttäuschung kann allerdings keine rede sein, das zurückweichen des stadtrates hat uns ermutigt, damit wurde eine verbesserung unserer aktionsbedingungen erzwungen.

Am Samstag, 27.9., verteilte die aktionseinheit in der stadt ein flugblatt, in dem auf das verhalten des stadtrates eingegangen wurde. Dabei zeigte sich, wie auch schon bei der vorangegangenen öffentlichkeitsarbeit, daß ein erheblicher teil der bevölkerung eine ganz schöne wut im bauch hat und hinter dem kampf gegen die erhöhungen steht, wenn auch noch ziemlich passiv, auch wenn der Triersche Volksfreund glauben machen will, daß der widerstand nur von einer "gruppe junger leute" kommt. Wir führten gleichzeitig eine kundgebung durch, obwohl diese aus formalen gründen (zu spät angemeldet) verboten war. Die polizei griff trotzdem nicht ein, offenbar weil sie damit rechnete, daß die sympathie der bevölkerung auf unserer seite war.

Als nächste schritte beabsichtigt die aktionseinheit, in der stadt, in betrieben, schulen, uni, kneipen usw. unterschriften gegen die erhöhungen zu sammeln. Für Freitag, 3.10., ist eine diskussionsveranstaltung mit vertretern der stadtratsfraktionen geplant, der 4.10. (verkaufsoffener Samstag) soll zum aktionstag werden.

solidaritätsaktionen mit spanischem widerstand

Berlin (ID) 28. September Aus protest gegen die verhängten todesurteile in Spanien wurde in der nacht vom 19. auf 20. September die St. Mathias kirche in Schöneberg besetzt und gehalten. Zur abendmesse fanden sich über 40 Spanier und Deutsche ein, die nach schluß der messe einfach in der kirche blieben und dem verdutzten kaplan die besetzung anzeigten. Der - natürlich nicht zuständig - holte seinen alten wakkeren pfarrer zur hilfe aus dem bett. Als es den beiden nicht gelang, die unterdessen auf über 100 angewachsene besetzerschar zum dauerbeten zu bewegen, ließen sie einen organisten bis um vier uhr früh volle pulle orgel spielen, was bei diskussionen etc. erheblich störte und vor allem die nerven der anwesenden arg strapazierte.

Einige Spanier übernahmen offiziell die verantwortung für ruhe und ordnung in der kirche. So blieb wenigstens die polizei aus dem spiel. Mit der zeit kamen immer mehr deutsche genossinnen und genossen zur unterstützung in die kirche, ohne daß es ausreichende betätigungsmöglichkeiten für sie gegeben hätte. Es wurden vor allem transparente gemalt und der markttag, der Samstag vor der kirche anstand, vorbereitet.

Die pressearbeit klappte nicht wie erwartet. Das spanien programm im Bayerischen Rundfunk und RIAS berichteten einen tag zu spät, so daß die erwartete solidarisierung von noch viel mehr Spaniern ausblieb. Gegen morgen ebbte die besetzung ab, und das geschehen verlagerte sich auf den markt vor der kirche, wo das Walde Theater sein Spanienstück aufführte. Darin werden den zuschauern prozeß und hinrichtung sinnlich vor augen geführt. Das stück wurde vom Walde Theater noch mehrfach an verschiedenen orten im freien aufgeführt, so am 21. September auf dem Mehringplatz im anschluß an eine veranstaltung im rahmen der Berliner festwochen.

Am 24. September demonstration mit etwa 1.000 teilnehmern. Freitagabend (26.9.) fand in der technischen universität die auftaktveranstaltung zur internationalen Portugal woche statt. Angesichts der soeben bekanntgewordenen bestätigung der fünf todesurteile wurde das programm vorzeitig abgebrochen. Ein spontaner zug zum "Kranzler" wuchs auf bis 600 bis 800 leute. Durch einen sitzstreik wurde über eine stunde lang die verkehrsreiche kreuzung an der Joachimsthalerstraße ecke Kudamm blokkiert.

Am Samstag nach der vollstreckung der todesurteile gab es mittags demonstrationen im Wedding (1.500), Neukölln (KPD) und in der innenstadt. Das Walde Theater spielte am nachmittag mehr als fünfmal sein Spanienstück am Breitscheid-Platz, und zuletzt hielten KPD-leute für kurze zeit die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche besetzt.

demonstration gegen die hinrichtungen in Spanien

Kassel (ID)
2. Oktober

Zu einer protestdemonstration gegen die ermordung der genossen in Spanien hatten zum 2. Oktober viele organisationen der spanischen arbeitsemigranten in kassel sowie alle möglichen politischen organisationen Kassels: K-gruppen, Revis, Spontis und politische arbeitsgruppen, aufgerufen. Etwa 1.000 demonstranten zogen "friedlich durch die Kasseler innenstadt, ohne den straßenbahnverkehr zu beeinflussen". Die Spanier hatten an einen trauermarsch gedacht, gingen an der spitze des zuges und trugen kränze mit. Es war sehr traurig und ein wenig deprimierend, daß wir die Spanier nicht verstanden, ihre parolen nicht kannten, die sie während des marsches und auf der abschlußkundgebung vor dem rathaus riefen und auch lieder nicht, nicht mal die melodien, die sie sangen.

Sehr beeindruckend war ein von spanischen (und deutschen?) genossen vorgeführtes straßentheater: auf der höhe der rathaustreppe hatten sich demonstranten aufgestellt, die großformatige bilder der ermordeten, kränze und spruchbänder hielten mit aufschriften wie: "Franco mörder", "freiheit für alle politischen gefangenen". Davor auf einem tiefer gelegen treppenabsatz waren vermummte gestalten mit schweineköpfen, totenköpfen, in polizisten- und militäruniformen, dazwischen stand die nachbildung der garotte. Es wurde die freude der schweine dargestellt, wie sie sich die hände reiben, und nachdem ein maskierter Spanier (in der rolle der hingerichteten) eine rede gehalten hatte, wurde er auf der garotte symbolisch hingerichtet. Es ging wirklich sehr unter die haut und mir ist völlig unverständlich, wie die versammelten nach der hinrichtung klatschen konnten, was sie ausgiebig taten. Nach der "hinrichtung" stürmten spanische genossen die rathaustreppe herunter, vereinigten sich mit den darstellern und sangen ein spanisches lied. Doch hörten sie auch sehr schnell wieder auf, als kaum jemand von den demonstranten mitsang.

Während der demonstration ist es noch zu einem zwischenfall gekommen: Der Video-Club der Kasseler polizei war wieder unterwegs, um den gesamten zug zu filmen. Als die Spontis sich vor die kamera stellten, versuchten, die linse zuzuhalten und ein transparent davor hielten, wurden sie in einer rangelei nicht nur von der polizei daran gehindert, sondern auch Spanier und ordner von der DKP zogen und zerrten an ihnen und brüllten: "Los, weitergehen, das ist ein trauermarsch." Das argument, das alles sagt, war folgendes: "Hier wird wegen Spanien demonstriert, und wenn ihr euch gegen das filmen wehrt, weiß die bevölkerung gar nichts mehr, das ist dann nicht mehr eindeutig genug. Wenn ihr euch gegens filmen wehren wollt, dann mußt ihr eben warten, bis es eine demonstration gegen die politische unterdrückung im allgemeinen gibt!"

KIRCHENBESETZUNG AUCH IN HAMBURG

HAMBURG (ID)
6. oktober

Im rahmen der aktionen gegen die todesurteilte und hinrichtungen in Spanien ist am freitag, den 26. september, die Sankt Petri kirche in der Hamburger innenstadt besetzt worden. Die aktion, zu der der verantwortliche pfarrer sein einverständnis gegeben hatte, ging vom "komitee gegen die todesstrafe", der GIM und der AELA (lateinamerikanische studentenvereinigung) aus. 4o leute, alle bis auf vier spanier und lateinamerikaner, besetzten um 17 uhr die kirche. Wenig später kam die polizei und wollte räumen, wurde aber vom herbeigerufenen pfarrer wieder weggeschickt. Die besetzer diskutierten in der kirche über die situation in Spanien, malten transparente, bereiteten die demonstration für den kommenden vormittag vor. Einige der besetzer gingen in stadtteile und kneipen, um mit ihren landsleuten über die lage in Spanien zu sprechen.

Am nächsten morgen ging eine demonstration von der kirche aus durch die innenstadt, an der annähernd 1ooo menschen teilnahmen. Wieder an die Sankt Petri kirche zurückgekehrt, schloß sich der zug der demonstration an, die im rahmen der portugalwoche stattfand. Alles in allem beteiligten sich 3ooo leute an dieser demonstration.

" In hamburg haben wir spanischen emigranten(die durch den faschismus in Spanien zur emigration gezwungen wurden) ein "Komitee gegen die Todesstrafe" gebildet, das offen ist für alle unsere landsleute.

Dieses komitee hat flugblätter verteilt und bereits vor 2 wochen zu einer demonstration gegen die todesstrafen aufgerufen. Diesem aufruf schlossen sich verschiedene deutsche organisationen an. 18oo leute gingen auf die straße."

initiative zur gründung eines aktionskomitees gegen berufsverbote

Frankfurt (ID) 30. September Am 26.8.75 fand auf initiative von anwälten, die sich mit berufsverbotsfällen auseinandergesetzt hatten, mit unterstützung der GEW-sektion universität frankfurt eine diskussion über die berufsverbotspraxis in Frankfurt statt, zu der betroffene sowie vertreter verschiedener linker gruppen aus Frankfurt mit diesem flugblatt eingeladen wurden:

"In den vergangenen monaten wurden in Hessen einige tausend beamte, angestellte im öffentlichen dienst und vor allem bewerber um solche stellen einem überprüfungsverfahren unterzogen, das alle merkmale von inquisition aufweist: bespitzelung, einschüchterung, gesinnungsschnüffelei, denunziantentum, monopolisierte interpretationskompetenz bezüglich auslegungsbedürftiger texte ("das grundgesetz", "die FDGO"), bedrohung der verdächtigen mit zerstörung ihrer sozialen existenz usw. Hessen ist aus vielerlei gründen neben Berlin und Bremen einer der schwerpunkte dieser verfolgungspraxis.

In Frankfurt und umgebung hat sich ein großteil der betroffenen völlig isolieren lassen und ist der ministerialbürokratie mit erschreckendem fatalismus ins offene messer gelaufen. Zwar haben sich verschiedene initiativen gebildet, um gegen die berufsverbotspraxis widerstand zu leisten. Soweit uns bekannt ist, waren bisher aber nur wenige betroffene bereit, darin mitzuarbeiten, von deren praktischen problemen ist denn auch wenig die rede gewesen. Es ist den initiativen bisher nicht gelungen, über relativ abstrakte politische einschätzungen und aufrufe hinaus ein system praktischer hilfe für die betroffenen zu organisieren, in deren zusammenhang politische traktate und aktionsansätze eigentlich erst praktische relevanz gewinnen können.

Einen anhaltspunkt für die richtigkeit dieser annahme geben erfahrungen, die in Berlin gemacht worden sind. Es ist dort gelungen, die verschiedenen mit der frage des berufsverbotes befaßten politischen und gewerkschaftlichen gruppen fast ohne ausnahme in einem aktionskomitee zusammenzufassen (siehe ID nr. 87). Es geht diesem in erste linie darum, informationen über einzelne fälle, über tendenzen und praktiken der verschiedenen behörden zentral zu verarbeiten und sie den betroffenen zugänglich zu machen, um damit die vorhandenen möglichkeiten rechtlicher gegenmaßnahmen zu nutzen und um politische aktionen einschließlich der information der öffentlichkeit zu koordinieren. Auf diese weise war es in Berlin möglich, etwa durch einschaltung von personalvertretungen und elterninitiativen die senatsbürokratie einem gewissen druck auszusetzen und den betroffenen hilfsmittel an die hand zu geben, mit denen sie sich teilweise erfolgreich gegen die verfolgungsinstanzen zur wehr setzen konnten. U.a. sind einige urteile von gerichten erwirkt worden, die zumindest die gröbsten inquisitionspraktiken unterbunden haben.

Die Frankfurter situation hingegen scheint uns dadurch gekennzeichnet zu sein, daß nur diffuse gerüchte über die politischen und rechtlichen bedingungen der berufsverbote und anhörungspraxis umlaufen, so daß den betroffenen nicht einmal eine vorbereitung auf die ihnen drohenden maßnahmen möglich ist.

Wir schlagen deshalb vor, nach dem Berliner vorbild den versuch einer zusammenfassung der betroffenen und interessierten zu unternehmen."

Nach dem 26.8. fanden weitere treffen statt, um zu diskutieren, wie man zu semesterbeginn an die öffentlichkeit tritt.

freispruch für provozierte farbige soldaten

Mannheim (ID) 7. Oktober Am 3. Oktober ging in Mannheim eine serie von militärprozessen zu ende, in der fünf schwarze und ein weißer soldat angeklagt waren, einen anderen weißen soldaten in seinem zimmer geschlagen zu haben. Die soldaten gehören zum 2. Btl. 13. InfRgt. in der Colman-kaserne in Mannheim.

Alle angeklagten hatten zugegeben, an der "Schlägerei" beteiligt gewesen zu sein. Der geschlagene weiße soldat hatte in der kaserne herumerzählt, die "Nigger" hatten ihn bestohlen, woraufhin die sechs soldaten ihm klar machten, daß ein solches verhalten gegenüber den schwarzen soldaten falsch sei und ihn ohrfeigten.

Nur auf drängen der vorgesetzten kam es zur anzeige, ganz offensichtlich wollte die armee nicht dem geschlagenen soldaten genugtuung verschaffen, sondern gegen eine angeblich bestehende schwarze untergrundorganisation, die "Red Rocks", vorgehen.

Während des prozesses kam dann aber nichts über die "Red Rocks" heraus, sondern daß mindestens einm[al], wahrscheinlich aber mehrmals, in der kaserne im freien Ku-Klux-Klan-Kreuze errichtet wurden. Die teilnehmer an dieser demonstration wurden disziplinarisch bestraft.

Das gericht mußte schließlich zugeben, daß die soldaten provoziert wurden und sprach alle schwarzen frei. Der weiße soldat erhielt 45 tage gefängnis, was angesichts des möglichen strafmaßes von einem halben jahr sehr gering ist.

verhaftungen in der französischen armee

Heidelberg (ID) 7. Oktober Im sommer, insbesondere im Juli, war es zu einer reihe von verhaftungen in der französischen armee gekommen. Die betroffenen soldaten, aktive mitglieder v[on] solidaritätskomitees, waren meist kurz vor dem ende ihrer dienstzeit und wurden die letzten wochen in arrest gehalten. Dazu kam noch, daß zwei führende mitglieder des soldatenkomitees in Speyer bei einem autounfall ums leben gekommen waren. Doch die bewegung war durch die verhaftungsaktion nicht kleinzukriegen. Inzwischen gibt es in Landau und in Speyer wieder soldatenzeitungen, in Neustadt ist eine neue entstanden.

Nach der schlägerei in landau am 5.5.75 (siehe ID nr. 80) gab es anklagen wegen wehrkraftzersetzung, die aber alle niedergeschlagen wurden. Offensichtlich auf druck der französischen armee gehen die deutschen behörden gegen die verteiler der soldatenzeitung vor. Es gibt mindestens vier anklagen, diesmal wegen beleidigung, übler nachrede und verleumdung der polizei, da in der am 5.5. folgenden zeitung von "polizeiwillkür" gesprochen wurde. Außerdem sind zwei urteile über 600 und 900 mark ausgesprochen worden wegen behinderung der polizei. Die beiden verurteilten hatten am 5.5. fotografiert und gefilmt. Einem der beiden wird vorgeworfen, beim filmen "ein bein" in "einem polizeiwagen" gehabt zu haben.

Wer mit dem unterstützungskomitee für die französischen soldaten in der BRD kontakt aufnehmen will oder mitarbeiten will, wende sich an: Wolfgang Ludwig, 69 Heidelberg, Friedrich-Ebert-Anlage 15.

Indianer-"kongreß" bei der US-botschaft in Köln

Berlin (ID)
15. September

Red Eagle ruft jetzt im namen der "Native americans in europe/International trail of broken treaties" (Pfad der gebrochenen verträge) zu einem "kongreß" am amerikanischen Thanksgivingday (erntedanktag), den 27. November, vor der US-botschaft in Bonn auf. An diesem tag im 17. jahr nach der ersten ernte der europäischen siedler in der "neuen" welt Massachusetts, haben die neuen amerikaner und die ursprünglichen amerikaner friedlich miteinander erntedankfest gefeiert. Aber bald danach war schluß mit dem friedlichen miteinander, was allerdings in der bürgerlichen geschichtsschreibung der "blutlust der rothäutigen" statt der ständig wachsenden land- und herrschaftsansprüche der siedler zugeschrieben wird.

Die lüge ist aber längst entlarvt und die native americans wollen das auch hier in Europa zum ausdruck bringen. Sie werden die feierlichkeiten der US-armee zum erntedanktag weder anerkennen noch mitmachen. Sie rechnen schon mit gut 1.000 indianern und sympathisanten, die am "kongreß" in Bonn mitmachen wollen. Ein "kongreß" ist hier die geeignetste aktionsform, weil es den US-soldaten verboten ist, im ausland an demonstrationen und anderen öffentlichen protest-aktionen teilzunehmen. Näheres zum "kongreß"

FORWARD/GI Counselling Center, 62 Wiesbaden, Herbertstr. 6, Tel.: 781 56 68.

hausdurchsuchung nach Berliner art

Berlin (ID)
28. September

Die Berliner polizei scheint es nicht nötig zu haben, auf die kritik, die an ihren brutalen durchsuchungsmethoden nach der Lorenz-entführung geübt wurde, einzugehen. Nach der festnahme von Ralf Reinders und Inge Viett am 9.9. und 10.9. lieferte die polizei ein neues beispiel, daß sie nicht bereit ist, sich an die minimalsten rechtsstaatlichen grundsätze zu halten. Diesmal geschah alles im einvernehmen mit der staatsanwaltschaft, war also kein ausrutscher übermüdeter beamter.

Um 19.30 stürmten die bullen mit entsicherter pistole eine ladenwohnung in der Neuköllner Boddinstraße. Angeblich suchten sie nach helfern von Reinders und Viett. Wie schon gewohnt war kein richterlicher durchsuchungsbefehl da. Die anwesenden wurden ohne begründung in handschellen abgeführt und auf dem polizeirevier erkennungsdienstlich behandelt, obwohl ihre identität feststand. Nach drei stunden war die wohnung immer noch von der polizei besetzt, die notizbücher, arbeitsmaterial und filme beschlagnahmt. Die staatsanwälte Möllenbrock und Przytarski verhinderten, daß die zurückkehrenden bewohner bei der durchsuchung dabei sein konnten und liessen sie alle in ein zimmer sperren. Auch einem herbeigerufenen anwalt wurde die anwesenheit verweigert. Als er darauf bestand, bei der durchsuchung dabei zu sein, wurde er mit gewalt aus dem zimmer bugsiert. Inzwischen läuft gegen die staatsanwaltschaft eine anzeige wegen verdachts der nötigung und körperverletzung.

Die durchsuchung hat selbst in der presse wellen geschlagen. Im Berliner "Tagesspiegel" nahm sogar die justizprominenz dazu stellung. Der vorsitzende richter am verwaltungsgericht, von Feldmann, kritisierte das vorgehen der staatsanwaltschaft als gesetz- und verfassungswidrig. Feldmann im "Tagesspiegel": "Wann werden offenkundige mißgriffe einmal nicht vertuscht, sondern zu ihrer vermeidung in der zukunft eingestanden? "

Für seine kritik bekam Feldmann auch prompt einen rüffel vom Berliner abgeordnetenhaus: "Der senat müsse eine derartige form der kritik entschieden zurückweisen, daß sie als diffamierung aufgefaßt werden könne."

ZUR LAGE IN PORTUGAL

Ein dorf wacht auf

Figueira (ID)
7. Oktober

„Der 15. august, das war unser 25. april". So urteilt ein mädchen in Figueira über den tag, an dem das ganze dorf eine leerstehende villa des zweitgrößten kapitalisten am ort besetzte, um dort ein kulturzentrum einzurichten.

Figuerei ist ein dorf in der Algarve, etwa 15 km westlich von Lagos. Die ca. 300 einwohner leben vom fischfang und ackerbau. Die vier bis fünf kapitalisten im ort sind haus- und grundbesitzer.

Die initiative zu der besetzung war ausgegangen von 14 – 18jährigen mädchen, die zunächst einen platz zum wochenendschwoof brauchten. Sie fragten also zuerst den kapitalisten, ob er seine villa den jugendlichen am wochenende zur verfügung stellen würde. Er lehnte aber strikt ab. Danach wurde viel darüber im dorf diskutiert, die fernsehmeldungen über haus- und landbesetzungen in anderen teilen des landes besonders sorgfältig verfolgt.

Mitte juli wurde die bewohner-kommission des dorfes gewählt. Diese bewohner-kommission berief eine dorfversammlung ein (in der grundschule, sonst gab es keinen raum). Dabei wurde der eindeutige beschluß gefasst, die villa zu besetzen. Kurz nach der dorf-versammlung, eben in der nacht zum 15. august, zog der größte teil der dorfbewohner, zusammen mit freunden aus lissabon, die zufällig dort waren, zu der villa. Die tür wurde aufgebrochen, und für den rest der nacht gab es ein rauschendes fest in der ehemaligen villa.

Am nächsten tag gingen einige zur mfa, um dort um unterstützung zu bitten. Dort trafen sie den kapitalisten, der ebenfalls bei der mfa unterstützung suchte. Die mfa-soldaten wiesen den kapitalisten ab, kamen aber auch nicht sofort den besetzern zu hilfe. Eine woche später aber waren sie anwesend, als eine weitere dorfversammlung eine verwaltungskommission für das haus wählte: 2 schülerinnen, 2 fischer, 1 arbeitsloser lehrer, 1 maurer, 1 reicher mann.

in dem einen monat, den das kulturzentrum jetzt besteht, ist mit viel engagement, vorwiegend der jugendlichen, hauptsächlich der mädchen, erstaunlich viel erreicht worden:

- ein krankenzimmer und der behandlungsraum für einen arzt, der zweimal wöchentlich zur untersuchung kommt,
- ein unterrichtsraum, in dem jeden tag zwei mädchen, die selbst noch zur schule gehen, den 4 – 10jährigen lesen und schreiben beibringen. später sollen dort auch die erwachsenen lesen und schreiben lernen,
- eine bar, wo sich allabendlich die männer zum kartenspielen treffen.
- vor allem ein versammlungsraum, in dem man sich jeden abend zum fernsehen trifft, zu anfang nur die jungen, jetzt alle. Dort finden jetzt auch die dorfversammlungen statt und der schwoof oder filmveranstaltungen am wochenende.

Genossen der LUAR unterstützen die arbeit im zentrum durch musikgruppen und filmveranstaltungen. besonders die jugendlichen im dorf begrüßen diese gelegenheiten, bei denen sie mit den genossen ihre probleme diskutieren können und wichtige informationen und sonstige unterstützung erhalten.

Wie es weitergehen soll? „Das wichtigste ist erst einmal, daß das zentrum funktioniert. Es muß noch renoviert werden und es soll noch eine bibliothek eingerichtet werden. Wenn das zentrum funktioniert und alle leute im dorf vertrauen in unsere arbeit haben, dann können wir schritt für schritt die dringenden probleme in unserem dorf in angriff nehmen. Aber die lange zeit des faschismus läßt sich nicht so schnell auslöschen, wir brauchen noch viel zeit – für unsere arbeit und für das bewußtsein der leute."

Es gibt auch schon vorstellungen, wie lebensnotwendige sachen, die bisher ganz und gar vernachlässigt worden sind, jetzt in angriff genommen werden sollen. Die strassen, bisher z.t. nur lehmpfade, werden gepflastert (in eigenarbeit, für die abwässer, die sich bisher auf offener strasse ergießen, wird ein kanalsystem angelegt (in eigenarbeit). Um billigere lebensmittel zu bekommen, sollen die händler ausgeschaltet werden, d.h. das nächste große ziel ist die bildung einer kooperative.

„Dazu wollen wir einen informationsbus einrichten, in dem wir mit leuten aus dem dorf zusammen andere kooperativen besichtigen können. Es gibt hier welche, die sind noch nie aus Figueira herausgekommen."

Bauarbeiter gründeten kooperative

Silves (ID) Am 1. august dieses jahres hat es in portugal insgesamt etwa 100 produktionskooperativen gegeben. In den beiden folgenden monaten sind etwa 200 neue dazugekommen. Eine davon ist die baukooperative in Silves, die jetzt seit 1 1/2 monaten besteht. Sie ist die erste dieser art außerhalb von Lissabon. Inzwischen werden in Lagos und demnächst auch in Portimão weitere aufgebaut.

In Silves, einem 4 000-einwohner-städtchen etwa 15 km nördlich von Portimao arbeiten insgesamt etwa 150 bauarbeiter. Zehn davon haben vor einem halben jahr die initiative zu einer baukooperative ergriffen. Es wurden mehrere vollversammlungen aller bauarbeiter einberufen, teilweise zusammen mit der bewohnerkommission. Von der MFA und der regionalverwaltung in Faro wurde die zustimmung zur bildung einer kooperative eingeholt. Schließlich wurde das statut in einer fast 100%ig besuchten vollversammlung beschlossen und ein provisorisches büro in einer ehemaligen technikerschule eingerichtet. Mitglieder der kooperative sind inzwischen fast alle bauarbeiter des ortes. Von den ingeneuren ist nur einer dabei.

Die hauptgründe, weswegen die arbeiter nicht mehr für ihre ehemaligen chefs arbeiten, sondern in der selbstgeschaffenen kooperative, sind:
1. Festgehälter für alle
2. Nivellierung der lohngruppen, d.h. anhebung der unteren auf kosten der oberen löhne.
3. Absicherung in krankheits- und ähnlichen fehlzeiten.
4. Senkung der mieten durch ausschaltung der unternehmerprofite.

Zur zeit läuft ein projekt von 20 wohnungen! Der grund und boden gehört einem privaten bauherrn, ebenso die baumaterialien für den ersten abschnitt von sechs wohnungen. Kaufverträge sind bereits abgeschlossen mit portugiesischen gastarbeitern in Deutschland! Aber im moment ruht die baustelle, da die kooperative das notwendige geld für material und maschinen noch nicht aufbringen kann und von seiten des staats ist keine hilfe zu erwarten.

Eine wirkliche lösung des problems sehen die mitglieder der kooperative erst, wenn auch bei der materialherstellung kooperativen eingerichtet sind (z.b. in der zementproduktion) und sie bei diesen lieferungen nicht mehr von kapitalisten abhängig sind. Bis es soweit ist, ist jede derartige kooperative, vor allem im anfangsstadium, auf zufällige einzelunterstützung angewiesen. Die neue bau;kooperative in Lagos hat daraus schon den schluß gezogen, gleich bei gründung möglichst viele büros, lager- und werkstatträume der vorhandenen bauunternehmer zu besetzen.

Arno Münster über die zensur in der Portugal-berichterstattung

Frankfurt (ID) 8. Oktober In der Lissaboner zeitung "O Seculo" hat der bisherige korrespondent des Westdeutschen Rundfunks (Köln), Arno Münster, enthüllt, wie durch unterdrückung von nachrichten, manipulierung von kommentaren und ausschaltung unbequemer journalisten die berichterstattung über Portugal manipuliert wird. Der artikel beleuchtet die anfänge einer organisierten kampagne der desinformation, die zur zeit einen neuen höhepunkt erreicht hat. Hier der artikel mit kürzungen:

"Ich habe mich geweigert, bei der hetze und der entstellung der situation in eurem land mitzumachen, wie es ganz systematisch vor allem von der monopolistischen Springer-presse betrieben wird. Wie in einem orchester beteiligen sich an dieser hetzkampagne gegen die entwicklung in Portugal christdemokratische, liberale und auch sozialdemokratische presseorgane. Diese kampagne hat das ziel, den wirtschaftlichen boykott gegen Portugal zu rechtfertigen und das jetzige regime zu spalten, damit in Portugal ein autoritäres nicht demokratisches regime entstehen kann. Die westdeutsche presse widerspiegelt nicht die gedanken und die tatsächlichen ziele der revolution des portugiesischen volkes.

Meine reportagen über fall "Radio Renasçenca" und "República" sind von der radiostation WDR in Köln total zensiert worden, was ich auch beweisen kann. Wie bin ich vorgegangen, um über diesen fall zu berichten? Ich habe interviews gemacht mit den arbeitern, mit ihnen diskutiert und sie angehört, ich ha[illegible] dokumente gesammelt, die in der portugiesischen presse veröffe[illegible]licht worden sind.

In dem fall "Radio Renasçenca" habe ich festgestellt, daß es sich nicht um einen konflikt zwischen der kirche und der regierung und auch nicht um die einschränkung der presse- und glaubensfreiheit handelt. Es handelt sich vielmehr um arbeitskonflikte zwischen den arbeitern und der leitung des radiosenders, in diesem fall dem patriarchen von Lissabon. Fest steht, daß ich in meinem artikel die position des patriarchen dargelegt habe. Am 19. Juni ist meine reportage total verboten worden.

Im fall "República" habe ich genauso gehandelt, wie ich es eben geschildert habe. Auf der basis von interviews und dokumentationen. Es war vereinbart, daß meine reportage fünfzehn minuten lang im Dritten fernsehprogramm des WDR ausgestrahlt werden soll, der titel sollte heißen: "Die wahrheit über Portugal". Klar, daß meine reportage jene "wahrheiten" in frage gestellt hätte, die bis dahin von der Springerpresse und auch von sozialdemokratischen zeitungen verbreitet wurden.

Ich erwähne noch einmal, daß es sich bei dem fall der "República" um eine auseinandersetzung innerhalb der drucker handelte, deren politisch bewußter teil nicht gewillt war, unter einer redaktion zu arbeiten, die politisch nicht repräsentativ war und den kritischen arbeitern eine mitbestimmung über den inhalt der zeitung verweigerte. Diese feststellung widerspricht dem, was bis dahin in der Bundesrepublik über den "fall República" verbreitet worden ist: der these, daß die Kommunistische Partei die arbeiter der "República" manipuliere.

Ich habe geschrieben, daß die arbeiter eine parteilose zeitung verlangten, die aber dem derzeitigen revolutionären niveau des landes entsprechen sollte. Ich habe auch geschrieben, daß das presseorgan der Sozialistischen Partei, "Portugal Socialista", immer herausgegeben und verkauft worden ist und daß es damit nie probleme mit der regierung gab. Aber verbreitet wurde in Westdeutschland: die "República" ist eine sozialistische zeitung. In Westdeutschland hat die kampagne der desinformation in der bevölkerung den eindruck erweckt, die "República" sei eine sozialistische zeitung und die kommunisten hätten diese übernommen.

Vorher schon, in anderen fällen, sind mir textstellen herausgeschnitten worden. Aber dieses mal ist die zensur total. Seitdem bin ich arbeitslos. Warum muß ich schweigen? Ich gebe noch zwei beispiele.

Die veröffentlichungen des revolutionsrates über die politischen ziele waren vorgesehen für zwölf uhr des nächsten tages, und es war vorgesehen, daß ein direktkommentar für den WDR im 2. fernsehprogramm mit aktueller berichterstattung erfolgen sollte. Eine halbe stunde vor sendebeginn wurde dieses vorhaben zurückgenommen. Der redakteur in Köln, der die betreffende sendung moderierte, zeigte sich sehr überrascht, aber es war nichts zu machen. Es war auch ein interview mit dem kommandeur der COPCON, Carvalho, vorgesehen für das Kölner fernsehen. Das ist auch gestrichen worden.

Ein weiteres beispiel kann ich ihnen geben über ein interview mit Alvaro Cunhal für das 1. fernsehprogramm in Westdeutschland. Die betreffende sendung ist verbreitet worden am 4. April dieses jahres - mit kleinen weglassungen -, aber ich hatte repressionen zu erleiden, weil die sendung unter meiner verantwortung verbreitet wurde. Diese sendung hat protest bei den christdemokraten erregt. Sie sagten, ich sei zu weit gegangen, der Moderator der sendung sagte am ende, der bericht sei unter meiner verantwortung gesendet worden, und hat ihn negativ in seinem kommentar kritisiert. Es klang, als wollte er sich für dieses interview entschuldigen.

Ich möchte noch weitergehen. Wie sie wissen, ist es für die antifaschistischen journalisten unmöglich, sich in den großen zeitungen über die wahrheit und die wirkliche situation in Portugal zu äußern. Diese art von "pressefreiheit" steht zwar nicht im gesetzbuch, sie wird aber praktiziert. Es gibt stillschweigende abmachungen der direktoren und chefs, nicht einen punkt über die progressive entwicklung in Portugal durchzulassen.

Ich will auch aussprechen, daß der sender WDR mit seiner kurzwellenschaltstelle, die in Beja untergebracht ist, an der hetzkampagne gegen die revolution in Portugal beteiligt ist. In dieser relaisstation Beja arbeiten rechtsgerichtete portugiesische journalisten."

In einem schreiben Arno Münsters an den Westdeutschen Rundfunk spricht der journalist - außer von der unterdrückung seiner fernsehberichte - von der "systematischen unterdrückung meiner an die 'Frankfurter Rundschau' gesandten berichte sowie des mit dieser zeitung vereinbarten vorabdrucks von auszügen aus meinem Portugal-buch ... Es kann ja wohl kein zufall sein, daß meine 'kollegen' von rechts keineswegs über solche sorgen und vorkommnisse zu klagen haben."

Statut der volksversammlung von Amadora — Assembleia popular da Amadora

Amadora (ID) Im nördlichen industriegürtel von Lissabon gelegen, ist Amadora überwiegend von arbeiterfamilien bewohnt. Etwa 60 betriebe stehen hier. In der kaserne von Amadora ist eine einheit des portugiesischen heeres stationiert, ihr kommandant ist oberst Jaime Neves, einer aus der „Gruppe der Neun". Die vorliegende fassung des statuts soll, nachdem die erste volksversammlung im august ein mißerfolg war, im laufe dieses monats in der zweiten volksversammlung im stadion von Amadora diskutiert und verabschiedet werden.

I. Geltungsbereich

Der geltungsbereich für eine volksversammlung muß bestimmt sein von der gegenwärtigen territorialen gliederung, die aber keineswegs rigide angewandt werden darf, denn die volksmacht (Poder Popular), deren organ die volksversammlung ist, wird alle ihre neuen kompetenzen zu berücksichtigen haben: im bereich der wirtschaft, der massenverkehrsmittel, der lokalen verwaltung, der verteidigung der revolution — und vor allem in der dynamik, die die volksmassen selbst entwickeln.

II. Definition

Volksversammlungen sind einheitliche, überparteiliche und demokratische organe, die die schaffung der volksmacht (Poder Popular)-unter führung der arbeiterklasse - für den aufbau des sozialismus zur aufgabe haben, d.h. für den aufbau einer gesellschaft ohne klassen, die auf der kollektivierung der produktionsmittel basiert und in der die ausbeutung des menschen durch den menschen nicht mehr existiert.

III. Ziele

1. Mobilisierung der volksmassen im geltungsbereich bzw. der zone für die aufgaben des aufbaus des sozialismus in Portugal und für die kämpfe gegen die ausbeutung des menschen durch den menschen.

2. Stärkung der einheit der volksmassen mit den fortschrittlichen militärs, um so die überparteilichen organe der volksmacht zu schaffen, die die basis eines neuen staatsapparates im dienste der arbeiterinteressen sein werden.

3. Sicherstellung der kontrolle der volksmassen über die befriedigung ihrer bedürfnisse, indem sie ihr schicksal in ihre eigene hände nehmen.

4. Überstellung der wirtschaft in den dienst der arbeiterklassen mittels kontrolle der produktion, der preise, der mieten, der fahrtkosten etc.

5. Verteidigung des revolutionären prozesses gegen die angriffe der nationalen und ausländischen reaktion, für den weg zur nationalen unabhängigkeit gegen den imperialismus; dies wird erreicht durch schaffung von organen zur verteidigung der revolution, die einheitlich und überparteilich sind und in die die fortschrittlichen militärs der zone integriert sind, damit sie die adäquate und unverzichtbare ausbildung sowie technisch-militärische hilfe geben.

6. Erhöhung von bewußtseins, und organisationsgrad der massen, damit sie die notwendige kraft gewinnen, um alle versuche zur sabotage, boykott und anderen verbrechen gegen die emanzipation der arbeiter zerschlagen zu können.

7. Verwirklichung einer authentischen kulturellen revolution, um in den volksmassen die notwendige widerstandskraft zur bewältigung aller opfer herzustellen, die der aufbau des sozialismus von ihnen fordert, um ihr politisches und kulturelles bewußtsein zu heben, ihren kollektiven und revolutionären geist, für den kampf gegen alle formen von egoismus und individualismus, passivität und gleichgültigkeit, nachlässigkeit und bequemlichkeit, d.h. gegen alle schlimmen laster, die wir vom faschismus und dem kapitalistischen system geerbt haben.

IV. Allgemeine funktionsprinzipien

1. Alle entscheidungen werden demokratisch durch offene abstimmung mittels handaufheben gefällt.
2. minderheiten müssen sich dem mehrheitswillen unterwerfen.
3. alle entscheidungen werden durch einfache mehrheit herbeigeführt außer in den fällen, in denen die versammlung anders beschließt.
4. zur beschlußfähigkeit einer versammlung sind mindestens 50% aller, die bestandteil der versammlung sind, am anfang notwendig; wird diese prozentzahl nicht erreicht, so kann die versammlung eine halbe stunde später mit jeder beliebigen prozentzahl von teilnehmern begonnen werden.
5. alle von der volksversammlung auf allen ebenen (basis-versammlung, rat der zone, sekretariat der der volksversammlung) getroffenen entscheidungen verpflichten alle teilnehmenden organisatio-

nen zur ausführung und verbreitung. sie verpflichten ebenso die verwaltungsorgane und die organe der technischen hilfe (bürgermeisteramt, feuerwehr, polizei etc.), alle notwendige unterstützung und mitarbeit zur verfügung zu stellen.

6. das sekretariat und die mitglieder der exekutive können zu jeder zeit von der basis versammlung oder vom rat der zone (von diesem nur die mitglieder der exekutive) abgesetzt werden.

7. in der volksversammlung un in jedem ihrer organe herrschen völlige rede- und diskussionsfreiheit über alle angelegenheiten, die nicht nur von lokalem sondern auch von allgemeinem interesse sind.

8. jeder, der das funktionieren der versammlung zu boykottieren oder sie von ihreen zielen (siehe unter III.) abzubringen versucht, und der auch nach einer kritik damit nicht aufhört, unterliegt den sanktionen der versammlung, die bis zu seinem ausschluß gehen können.

V. Organisationsstruktur der volksversammlung

Die volksversammlung besteht aus folgenden organen:
1. Basis versammlung
2. Rat der zone und seine exekutivmitglieder
3. Sekretariat der volksversammlung

VI. Basisversammlung, ihre organe und ihre statuten

1. Arbeiter-kommissionen

1.1 alle ihre mitglieder nehmen teil mit rederecht.

1.2 die zahl der stimmen, mit denen jede arbeiterkommission in der volksversammlung vertreten ist, hängt ab von der gesamtzahl der arbeiter des jeweiligen betriebes und zwar nach folgendem schlüssel: betriebe mit 40 bis 1000 arbeitern: eine stimme.Betriebe mit 1000 und mehr arbeitern: jeweils pro tausend eine stimme mehr.

1.3 die zahl der arbeiter, die von den einzelnen betrieben vertreten werden, ist begrenzt auf die, die in der zone arbeiten.

2. Bewohner-kommissionen

2.1 alle ihre mitglieder nehmen teil mit rederecht.

2.2 jede bewohner-kommission hat eine stimme.

(Anm. d.übers.: der paragraph sieht eine änderung der repräsentativität — mehr bzw. weniger stimmen — vor, die von der klassenzusammensetzung der bewohner-kommission abhängig gemacht wird).

3. Delegierten versammlung der (örtlichen, d.übers.) einheit. Alle delegierten der einheit haben rede- und stimmrecht.

4. Volks-organisationen (kollektive sind repräsentiert von Soculama sowie der Liga der kleinen händler und industriellen)

4.1 Jede volksorganisation ist durch einen vertreter mit rede- und stimmrecht repräsentiert (die kollektive durch Soculama).

4.2 Die studentischen vereinigungen können mit einem beobachterstatus ohne stimm- und rederecht teilnehmen.

VII. Rat der zone, seine organe und statuten

1. Arbeiterrat — besteht aus je einem vertreter jeder arbeiter-kommission nach dem genannten zahlenschlüssel. Alle haben rede- und stimmrecht.

2. Bewohnerrat

2.1 Besteht aus zwei vertretern aus jeder bewohnerkommission, die vom rat der zone anerkannt ist. Alle haben rederecht.

2.2 Jede bewohner-kommission hat eine stimme im bewohnerrat.

3. Delegiertenrat der einheit

Die statuten sind von der MFA festgelegt.

4. Rat der volksorganisationen (man versteht darunter organisationen, die wirklich im dienst der volksmassen sind). Besteht aus drei vertretern, die von den einzelnen organisationen demokratisch gewählt wurden und rede- und stimmrecht haben.

VIII. Sekretariat der volksversammlung

1. Besteht aus den mitgliedern der arbeiter-exekutive (9 vom arbeiter-rat gewählte vertreter), aus den mitgliedern der bewohner-exekutive (4 vom bewohner-rat gewählte vertreter), aus den mitgliedern der exekutive der volksorganisationen (1 vom rat der volksorganisationen gewählte vertreter), aus der exektuve der einheit.

2. Alle haben rede- und stimmrecht.

LISSABON (ID) UNTERSTÜTZUNG FÜR DIE REPÚBLICA
7. oktober

am freitag, den 3. oktober, haben in lissabon gewählte vertreter von 18o komitees (arbeiter, soldaten, einwohner etc) aus ganz portugal über die lage der "república" und möglichkeiten einer unterstützung diskutiert.

der verband der kriegsveteranen hat am selben abend beschlossen, die gebühr von drei tagen, die für das befahren der "brücke 25. april" erhoben wird, der "república" zur verfügung zu stellen. die kriegsveteranen halten die brücke seit geraumer zeit besetzt.

wie im ID 95 berichtet, befindet sich die "república" in finanzieller not.

25o.ooo mark werden benötigt, um papier zu kaufen. dies papier muß bar bezahlt werden, da beim papiermonopol noch 65o.ooo mark schulden aus repúblicas ps-zeit offen sind. es gibt jetzt ein spezielles nationales república-konto.

also: spendet auf dieses konto was ihr könnt, denn für die portugiesische revolution ist die república wichtig !

hier das konto: kenntwort: "república-solidarität", e. hohenstein, kontonr. 77/49888/5
frankfurter volksbank e.g.

LISSABON/PARIS (ID) DIE "ROTEN REGIMENTER" UND DIE ANDEREN
9 oktober

Die portugiesischen streitkräfte haben zur zeit insgesamt ungefähr 5o ooo mann unter ihren fahnen, davon 27oooo in Angola, etwas mehr als 2oooo in der "metropole", der rest ist auf den inseln (Unabhängige Territorialkommandos der Azoren und auf Madeira - CTIA und CTIM) und den ehemaligen kolonien stationiert. dazu kommen noch die quasi-militärischen streitkräfte der polizei (PSP) und die Republikanische Garde (GNR), zusammen 18ooo Mann. die wichtigste militärregion ist die von Lissabon (RML), in der allein 1oooo mann konzentriert sind (darunter die 25oo marineinfantristen der basis von Alfeite), das macht etwa 8o % der militärischen Interventionskapazitäten des Landes.

Zur RML zählt auch das RALLIS (leichtes artillerieregiment RAL-1), die einheit mit der größten feuerkraft in ganz Portugal. Unter dem kommando von general Dinis de Almeida ist das RALLIS eine revolutionäre bastion geworden, integriert in die volksversammlung derzone (zonenrat) zusammen mit den Arbeiter- und Bewohnerkommissionen der zone. Die anderen "roten regimenter" in den vororten von Lissabon sind ebenfalls in die entsprechenden Zonenräte (s.o.) integriert: das regiment der militärpolizei (RPM - 2ooo mann einsatzkräfte unter dem kommando der revolutionären majore Campos Andrada und Tome), die schule für militärverwaltung (EPAM), das ausbildungszentrum für nachschub und material (EPFM), das ausbildungszentrum für nachrichtenwesen (EPTR), das 1. pionierregiment in Potinha (RE 1 - 4oo mann,dem der wichtigste maschinen- und fahrzeugpark untersteht), und das küstenartillerieregiment (RAC) in Oeiras.

Drei große einheiten sind offen gespalten zwischen rechten kommandanten und revolutionären kräften, die die mehrheit der soldaten in der kaserne organisiert: die infantrieschule in Mafra (EPIM), das sehr wichtige operationelle infantrieregiment von Queluz (RIOQ - mehr als 1ooo mann) und die Kavallerieschule in Santarem (EPCS - 5oo mann: in dieser einheit sind die 2oo mann der aufklärungsescadrone noch kontrolliert von dem "Spinolisten" kapitän Salgueiro Maia und anderen rechten offizieren, hingegen sind die 3oo mann der kampfpanzereinheiten schon deutlich für den revolutionären prozeß gewonnen.

In der RML kontrolliert die rechte z. zt. nur noch die flugabwehrschule in Cascais (CIAAC - 25o mann), das infantrieregiment in Setúbal (RIS - 2oo mann) und das wichtige regiment der "commandos" von Amadora, kommandiert von dem faschistischen colonel Jaime Neves, nur wenige Kompanien entgehen der verrohung durch den intensiven drill. zu diesem Überblick der RML kommen noch die 25oo mann des revolutionären marineinfantrieregiments, stationiert in Alfeite und im Zebratal, dies sind die einzigen operationellen einsatzkräfte der marine.

In der militärregion nord (RMN) kann nur das infanteriebataillon in Chaves als progressive einheit bezeichnet werden. alle anderen haben reaktionäre kommandanten: in Porto, das fahrausbildungszentraum (CICA), das infanterieregiment (RIP) und das kavallerieregiment (RCP - 1ooo mann, die stärkste einheit der militärregion, das schwere artillerieregiment in Villa Nova de Gaia (RAP), die infanterieregimenter von Viana do Castello (RIVX) von Villa Real (RIVR), Braganca und Braga (RIB - 1oo mann, die reaktionärste einheit) und das sergeantenausbildungszentrum in Lamego (CIS - ex CIOE). Die RMN verfügt insgesamt über 5ooo mann. Die einheiten sind klein (4oo mann durchschnittlich) und wenig einsatzfähig, die bewaffnung besteht im wesentlichen nur aus schnellfeuergewehren G3. Außerdem gibt es eine starke politische agitation unter den soldaten,und die SUV ist recht stark.

die mehrzahl der einheiten der militärregion Zentrum (RMC) werden ebenfalls von der rechten kontrolliert, aber unter dem gesichtspunkt der operationellen einsatzfähigkeit sind sie sehr schwach: die mehr nördlich stationierten infantrieregimenter (Viseu, Guarda, Castello Branco und Coimbra) haben durchschnittlich nur 3oo mann, bei den weiter südlich stehenden Caldas da Rainha, Tomar, Abrantes) ist die mannschaftsstärke 6oo, ebenso bei den artillerieregimentern in Leiria und Figueira da Foz und dem motorisierten Artillerieregiment in Torres Novas (RAM).

die drei wichtigsten einheiten der militärregion dagegen sind eindeutig revolutionär, die pionierschule in Tancos (EPE - 1ooo mann) oder zumindest "neutralisiert", wie das fallschirmjägerregiment in Tancos (RCP - 2ooo mann, einzige operationelle einheit, die der luftwaffe untersteht) und das kavallerieregiment von Santa Magarida, das einige panzer besitzt.

In der militärregion süd (RMS), die die schwächste ist, stehen die beiden einzigen wirklich operationellen einheiten klar auf der seite der revolution: die artillerieschule in Vendas Novas (EPA - 1ooo mann mit großer feuerkraft), und das kavallerieregiment von Estremoz (RCE - 6oo mann, einige panzer). die anderen einheiten sind mehr oder weniger "neutralisiert": die infantrieregimenter von Elvas und Evora, die CICA von Elvas, das infantriebataillon von Portallegre (2oo mann) und das artillerieregiment in Beja (RAB - 6oo mann). Das territorialkommando der Algarve (COCAL) schließlich verfügt nur über ein infanterieregiment in Faro und zwei infanteriebataillone in Tavira und Lagos, alle wenig operationell.

Marine und Luftwaffe

Außer der marineinfanterie bestehen die operationellen einsatzkräfte der marine aus einem halben dutzent fregatten und drei oder vier U-booten. Die große mehrheit der luftwaffenoffiziere ist reaktionär, aber das bodenpersonal hat seinen revolutionären organisationsgrad schon dadurch bewiesen, daß es durch sabotage an den motoren den start von flugzeugen verhindert hat. Die luftwaffenbasis No. 6 in Montijo ist die wichtigste des landes (Fiat-jagdbomber und mehrere bewaffnete helikopter) gefolgt von der basis No. 5 in Monte Real (jagdflugzeuge) und der basis No. 1 (AB 1 - einige helikopter) in Sacavem. Die basen von Ota, Beja und Sintra dagegen sind sehr schwach. Die schwache luftwaffenpolizei ist gespalten.

Insgesamt kann die konterrevolution heute nur vollständig mit der polizei (PSP) und der Nationalgarde (GNR) rechnen, die sich eiligst zusammenschließen wollen. Ihre insgesamt 18ooo mann stellen, obwohl sehr "demoralisiert", eine sehr reelle gefahr für den revolutionären prozeß dar.

Diese informationen sind bereits zwei wochen alt. es schei nt wahrscheinlich, daß die offensive der linken soldaten in der SUV den spaltungsprozeß zwischen soldaten und reaktionären offizieren noch vertieft hat. Diese entwicklung ist sicher das wesentliche,um einen rechtsputsch a la Chile zu verhindern. Andererseits gewinnen in einer so konkreten gefahr des bürgerkriegs aber auch militärstrategische faktoren wie mannschaftsstärke, bewaffnung und operationsfähigkeit von truppen eine entscheidende bedeutung. Glücklicherweise aber scheinen z. zt. auch diese faktoren sichzugunsten der revolutionäre auszuwirken.

(Übersetzung aus Politique Hebdo)

LISSABON (ID) DIE KÄMPFE DER PORTUGIESISCHEN SOLDATEN

gespräch mit einem angehörigen der armee

bis zur gründung der soldatenorganisation "SUV - soldados unidos vencerão - soldaten vereint werden siegen" war über den kampf innerhalb der kasernen wenig bekannt. doch bis zur ersten demonstration der SUV am 1o. september in Porto und wenige tage später der zweiten demonstration in Lissabon gab es eine entwicklung, die ebenso wie im zivilen bereich bereits nach dem 25. april begonnen hat. über die geschichte der soldatenkämpfe, die jetzt in verschiedenen orten und in verschiedenen einheiten zu offenen machtkämpfen geworden sind, hat der ID ein gespräch gemacht. es fand statt am 12. september.

(im zusammenhang der rätebewegung in portugal werden wir in den nächsten nummern außerdem gespräche mit einer bewohnerkommission in Cova da Piedade, einer dorfversammlung in Barrão de São João und einer arbeiterkommission des metallbetriebes Cometna in Amadora veröffentlichen)

F: am 11. september verkündete die neuinstallierte 6. provisorische regierung unter ministerpräsident azevedo als erste maßnahme die pressezensur über militärische angelegenheiten. das deutet hin auf einen ersten machtbeweis der sozialdemokratisch kontrollierten politik gegenüber der soldatenbewegung innerhalb des militärs. wie hat diese sich entwickelt ?

A: es ist noch nicht so, daß im organisatorischen sinn die linke einfluß gewonnen hat auf alle kasernen des landes; aber sie hat einen bestimmten einfluß auf die politisierung der soldaten, wenn sie auch in vielen fällen noch nicht organisiert sind. in vielen einheiten, in denen ich war, habe ich erfahren, daß viele soldaten zwar noch kein sehr entwickeltes politisches bewußtsein haben, daß sie zwar noch nicht organisiert sind, daß sie aber fast alle das bewußtsein haben, nicht gegen andere soldaten zu kämpfen.
in den wichtigsten einheiten- und das sind auch die entscheidensten - hat die linke, obwohl sie noch keine einheit bildet, die kontrolle errungen, vor allem auch in den klandestinen soldatenorganisationen.

F: welche rolle spielt dabei das berühmte RAL-1oder RALIS,das leichte artillerie-regiment nr. 1 am lissaboner flughafen ?

A: im RAL-1gab es die erste "delegiertenversammlung der einheit" (assembleia dos delegados de unidade,ADU). dies sind die legalen, auch von der MFA im "leitplan über die allianz von Volk und MFA" (vom 9. juli 75) festgeschriebenen versammlungen innerhalb jeder kaserne oder einheit. in ihnen sind jeweils bis 5o prozent soldaten und außerdem die offiziere vertreten. allerdings hat es über lange zeit im RAL I keine politische arbeit unter den soldaten gegeben, so daß sich die offiziere in bestimmten phasen von den soldaten entfernt hatten.

ein bespiel ist eine demonstration, die vor einigen wochen zwischen arbeiter- und soldaten-kommissionen geplant war. die offiziere vom RAL I, auf dessen entscheidung auch andere einheiten warteten, lehnten die teilnahme ab. die demonstration kam daher nicht zustande. das scheint mir typisch für die oft schwankende haltung von offizieren, typisch für ihre kleinbürgerliche klassenherkunft.
andere fortschrittliche einheiten sind das RE I (Pionier -Regiment Nr. 1) in Pontinha (im nördlichen industriegürtel von Lissabon), wo die erste volksversammlung mit allen kommissionen der arbeiter stattfand; dann die militärpolizei, die sich weigerte, nach Angola zu gehen, dann die militärakademie.

in der militärakademie - das ist wichtig zu sagen - gab es nie eine delegiertenversammlung (ADU), sondern eine soldatenversammlung, in der eben nur soldaten vertreten sind.

F: wie sind diese ADU überhaupt entstanden ? wer hat sie initiiert ? wobei zu berücksichtigen ist, daß sie durch ihre zusammensetzung (soldaten u n d offiziere) klassenversöhnlerisch sind.

A: die ADU wurden als erster schritt weg von der alten faschistischen struktur des militärs verstanden. die soldaten sollten mit ihrer hilfe ihre interessen besser durchsetzen können. damit verbunden war die perspektive besserer organisationsformen unter den soldaten.
Die ADU wurden also von beiden seiten, von oben und von unten initiiert. Das geschah in einer bestimmten politischen periode. heute glaube ich (12. september!), wäre das nicht mehr möglich. entscheidend vorangetrieben und zum ersten mal verwirklicht wurde die idee der ADU vom RAL I, der zeitpunkt lag unmittelbar nach dem putschversuch vom 11. märz.
danach wurden diese delegiertenversammlungen in vielen einheiten verwirklicht, jedoch nicht in allen. das hängt, gerade in der provinz, oft von den kommandanten ab, die die von der MFA selbst sanktionierten ADU oft monatelang boykottiert haben.
andere sind wiederum vom kommandanten selbst initiiert worden.

F: wie sind nun die soldaten und wie die offiziere repräsentiert ?

A: nach dem gesetz müssen die soldaten mindestens bzw. nicht unter 5o prozent der delegierten einer ADU stellen. sie wählen ihre delegierten, ebenso wie die verschiedenen grade der offiziere die ihren wählen, d. h. jede klasse - soldaten, unteroffiziere und offiziere - wählt ihre delegierten.
aber das heißt nicht, daß das "demokratie in den kasernen" ist. das hängt vor allem auch vom kommandanten ab, wenn man die struktur in einer kaserne kennt.
wir haben die beispiele: wo der kommandant faschist ist, wie noch in vielen einheiten, dort ist die ADU eine farce. sie arbeitet nicht und funktioniert praktisch nur nach weisungen von oben.
anders ist es, wo der kommandant fortschrittlich ist. dennoch: die ADU können von den offizieren immer manipuliert werden, es gibt keine garantie, daß sie in krisensituationen richtig funktionieren.
sie wurden also als eine erste stufe im kampf der soldaten verstanden.

F: hat sich in den forderungen der soldaten eine entwicklung niedergeschlagen ?

A: am anfang waren die forderungen sozial, gewerkschaftlich. es ging um mehr sold, kostenlose transporte, bessere kasernen, unterkünfte, essen, gleiche kantinen für soldaten und offiziere, öffnung der offiziersklubs auch für soldaten.
dann gab es kasernen, in denen politische arbeit geleistet wurde. dort wurden die forderungen natürlich auch politisch. heute wird z. b. die forderung nach mehr sold in keiner kaserne mehr gestellt, obwohl es seit den tagen nach dem 25. april, als der sold von 3o auf 29o escudos (von ca. 3 auf 29 mark pro monat) angehoben wurde, keine erhöhung mehr gab.
heute sind die forderungen politisch: jetzt z. b. die weigerung der militärpolizei gegen die verschiffung nach Afrika und die forderung nach vollständigem rückzug Portugals aus Angola. oder bei der großen demonstration der revolutionären front am 2o. august, als in vielen einheiten auf den versammlungen eine revolutionäre regierung gefordert wurde und die soldaten mit dieser forderung auf die straße gingen.

F: was kann die ADU beschließen ? welche kompetenzen hat sie ?

A: die ADU kann alles beschließen. sie kann die säuberung (saneamento) des kommandanten beschließen. es gab solche fälle. aber der kommandant, der sitz und stimme in der versammlung hat, kann alle entscheidungen aufheben: nicht als mitglied der ADU, sondern als kommandant der einheit.
der frühere kommandant vom RAL I wurde z. b. von der versammlung gesäubert. oder in Evora: dort wurde im generalstab für die region süd ein major von der ADU gesäubert, ebenso der militärkaplan. im letzten fall hat der kommandant die forderung der soldaten zwar nicht offen, aber indirekt erfüllt, indem er den militärkaplan in eine andere einheit versetzte.
das hängt immer davon ab, wie die soldaten organisiert sind. wo sie nicht organisiert sind, dort werden sie sehr leicht von den offizieren, vor allem von den berufsoffizieren ausmanövriert.

F: welche organisationen meinst du ?

A: die soldatenorganisationen. in manchen einheiten gibt es verschiedene klandestine soldatenorganisationen - ich kenne sie durch flugblätter und zeitungen -, die meistens eine einheitsfront bilden, überparteilich sind. in diesen einheiten bringen die soldaten ihre kämpfe weiter.

in Beja wurde der kommandant z. b. auf diese weise gesäubert. das war vor sechs oder acht monaten. die soldaten von zwei kompanien weigerten sich dort, an einer parade teilzunehmen; sie sagten: "solange der kommandant bleibt, streiken wir." sie erreichten zwar ihr ziel, wurden aber ausgetrickst; denn kurze zeit später erhielten alle, als sie einzeln und verstreut auf urlaub zuhause waren, disziplinarstrafen. warum ? weil sie nicht organisiert waren.

F: kann man solche kämpfe auf das ganze land verallgemeinern, oder sind sie bisher die ausnahme ?

A: einen genauen überblick habe ich nicht, klar ist aber: am besten organisiert sind sie in Lissabon und umgebung, auch bestimmte einheiten in der region süd, in Evora, auch einige einheiten in der Algarve. im norden, damit meine ich nördlich von Santarem, wo eine fortschrittliche panzereinheit ist, gibt es mit ausnahme von Porto bisher kaum soldatenorganisationen. dort gibt es jetzt die "SUV - soldados unidos vencerão/Soldaten vereint werden siegen", die vorgestern ihre erste demonstration gemacht hat.

F: gibt es, andererseits, repressionen gegen soldaten, z. b. bei teilnahme an demonstrationen ?

A: ja. theoretisch gibts die. zur zeit spinolas wurden sie praktiziert. der bekannteste fall damals war ein soldat , der mitglied beim MRPP war. der wurde bestraft, weil er in uniform an einer politischen veranstaltung teilgenommen hatte. durch einen hungerstreik ist er wieder freigekommen.
oder ein anderer fall: die marine hat gegen matrosen eine untersuchung angestrengt, die an einer 1. mai-demonstration teilgenommen haben, nicht an der offiziellen Intersindical-Demonstration, sondern an einer linksradikalen. sie hat diese untersuchung dann aber wegen protestaktionen von soldaten und politischen organisationen eingestellt.
das heißt: es gab zwar versuche der verfolgung, aber die wirklichen repressionsfälle sind heute sehr selten.

F: wenn man zwischen den drei waffengattungen - heer, marine, luftwaffe - unterscheidet: wo sind die soldaten am weitesten vorwärtsgekommen ?

A: in der marine sind die soldaten am besten organisiert. das ist schon tradition in Portugal. die Kommunistische Partei hatte früher schon die ORA aufgebaut, die "Organizacion revolucionaria de Armada"; die ORA hat z. b. 1936, als hier in Portugal der faschismus schon längst an der macht war, zwei kreuzer nach spanien schicken wollen, um die republikanische seite im bürgerkrieg zu unterstützen. ihr plan wurde jedoch damals aufgedeckt, ihre schiffe bombardiert und sie selbst gefangen genommen. das heißt: in der marine gibt es schon eine lange kampftradition.

F: warum ist gerade die marine am meisten politisiert ? gibt es materielle gründe ?

A: kann sein, daß der lange wehrdienst von sechs jahren eher eine politische arbeit ermöglichte als in der armee, wo der militärdienst nur 18 monate dauerte und die soldaten oft die kaserne wechseln mußten.

F: wie lange ist heute der militärdienst ? gibt es wehrpflicht ? welchen militärischen grad kann ein wehrpflichtiger erreichen ?

A: unterm faschismus mußte jeder 38 monate militärdienst machen. in vielen fällen dauerte er aber länger, wenn z. b. eine kompanie in Afrika, im kolonialkrieg nicht ersetzt wurde.
nach dem 25. april wurde der militärdienst auf 27 monate verkürzt. die nächsten wehrpflichtigen, die jetzt gerade ende september eingezogen werden, brauchen nur noch 15 monate militärdienst machen.

es ist heute relativ einfach im vergleich zu früher, sich vom militärdienst befreien zu lassen. man muß einfach einen antrag stellen: z. b. wenn man verheiratet ist, kinder hat und die frau deshalb nicht arbeiten kann.
sowas wie ersatzdienst gibt es in portugal nicht. einer der entscheidensten unterschiede zwischen der portugiesischen armee und den anderen NATO-armeen ist, daß sie immer eine kämpfende armee war, deshalb mußten alle, selbst halbkranke, militärdienst machen.

F: warum werden aber, obwohl mit ausnahme von Angola alle kriege Portugals beendet sind, noch immer so viele wehrpflichtige eingezogen ?

A: das militär, die MFA hat am 25. april die macht übernommen, hat verwaltungen gestellt, auch in privatunternehmen. das militär hat also einen zivilen apparat zur verfügung gestellt.
außerdem macht es heute praktisch den dienst der polizei. die polizei hat im grunde nur noch verkehrsregelungsfunktionen. wenn es z. b. in einem dorf eine schlägerei gibt, dann ruft man die soldaten aus der nächsten kaserne. überhaupt kommen die leute zu den kasernen mit ihren ganz alltäglichen problemen: was die justiz, was die polizei früher machte, das löst heute oft das militär - so einfache sachen wie ein diebstahl oder betrug werden oft in der kaserne angezeigt und verhandelt.
obwohl es diese "allianz Volk/MFA" nicht mehr gibt, vielleicht nie gegeben hat - in diesen konkreten fällen entwickelt sich ein neues verhältnis zwischen soldaten und volk.
gerade auf dem land werden die soldaten oft beim straßenbau oder bei der ernte zu hilfe gerufen. gerade auch die militärpolizei, die nach dem 25. april zunächst geradezu versteckt wurde, hat inzwischen viele solcher funktionen übernommen.

F: wie weit ist überhaupt die zusammenarbeit zwischen volk und soldaten entwickelt ? vor allem es gibt die Arbeiterkommissionen, es gibt die Bewohnerkommissionen, und es gibt die Soldatenversammlungen - eine struktur, die politische und strategisch als Poder Popular bekannt ist.

A: der Poder Popular ist eine alternative zu dieser abstrakten formel von MFA/Povo (MFA/Volk), die keine konkretisierung hatte. die einzige konkretisierung waren die dynamisierungskampagnen, von denen jeder weiß, wie schlecht sie vorbereitet und auch durchgeführt waren. der Poder Popular wurde als politisches konzept im juli von der MFA-Versammlung als "Leitplan" ratifiziert. er beruhte allerdings nicht auf einer entscheidung von oben, sondern war abgeleitet von praktischen erfahrungen mit der volksversammlung vor allem in Pontinha, einer kaserne im nördlichen industriegürtel von Lissabon, das zweite beispiel ist die EPAM, die "Praktische Schule für Militärverwaltung".
nun haben sich aber die kräfteverhältnisse verschoben. die sozialdemokratischen kräfte haben wichtige positionen im militärischen und im staatsapparat erobert. sie boykottieren diese engere verbindung zwischen kaserne und volk.

F: wie stark ist der einfluß der sozialdemokratischen linie zum einen unter den soldaten, zum anderen unter den offizieren ? gibt es da unterschiede ?

A: es gibt große unterschiede. die verschiebung zugunsten der sozialdemokratie war nur in den höheren rängen. die soldaten sind abseits von diesem prozeß. alle diese manipulationen mit dem "Dokument der Neun", wo es hieß, daß eine mehrheit von 8o prozent dahinter stünden - das ist vollkommen falsch.
ich kann beispiele nennen, wo die soldaten zur abstimmung gerufen wurden und manipuliert wurden; wo sie nachher sagten: "wir haben über ein papier abgestimmt, was uns der kommandant vorgelegt hat, ohne diskussion". dabei waren es immer nur minderheiten von soldaten, die überhaupt abgestimmt haben.

F: laß uns zum schluß noch über einen offizier der armee reden, der vor allem auch in der westdeutschen linken den ruf des repräsentanten der revolutionären linken innerhalb des militärs hat oder hatte. ich meine Otelo de Saraiva Carvalho. in letzter zeit ist es um ihn still geworden, oder ist er still geworden ? hat er sich real oder taktisch auf die seite der Sozialdemokratie geschlagen ?

A: zunächst ist klar, daß er zu den offizieren gehört, die sich eindeutig gegen die dirigistischen manöver einer bestimmten partei (gemeint ist die KP) innerhalb des militärs gestellt haben. insgesamt ist es jedoch sehr schwer, die positionen einzelner offiziere zu bestimmen
und auch glaube, das war auch teilweise hier in Portugal von der linken überschätzt. sie haben den fehler gemacht, leute nur nach namen und funktionen zu beurteilen, und dabei ihre klasse und ihre klassenzugehörigkeit vergessen, die sich in bestimmten phasen in bestimmten politischen positionen niederschlägt.
denn es ist klar, daß eine berufsarmee mit einer bestimmten klassenzugehörigkeit nicht die vorhut oder die avantgarde der revolution sein kann: entweder sie stellt sich in einer bestimmten periode auf die seite der arbeiter oder auf die seite der bourgeoisie. es gibt keinen mittelweg.
und Otelo ist ein beispiel dafür, daß in einer krisensituation, in der eine klare stellungnahme für die arbeiterklasse notwendig ist, die unentschlossenheit des bourgeois oder kleinbourgeois zutage tritt, daß sie dann im grunde ihre eigene klassenposition verteidigen. ein grund dafür ist auch der mangelnde kontakt zur basis, zu den soldaten, oder zu den arbeitern in einer fabrik.
aber man darf eben solche offiziere keineswegs an der seite lassen. wichtig ist nur, daß die linie, daß die führung von unten, von den arbeitern kommt - daß man eben nicht auf die führung von oben wartet.

LISSABON

"VIVA PORTUGAL" - ZUR GEHORSAMSVERWEIGERUNG BEI RAL I

portugiesische soldaten verweigern gehorsam - besorgt berichten bundesdeutsche zeitungen, gestützt auf fernschreiben der presseagenturen dpa, upi, reuters, ap, ddp über die vorgänge anfang letzter woche in portugal. dort hatte sich z. b. das leichte artillerieregiment nr. 1 (kurz: ral I) unter major dinis de almeida geweigert, schnellfeuergewehre an andere kasernen zu übergeben, obwohl die anweisung von copcon-chef otelo auf beschluß der 6. übergangsregierung des admirals pinheiro de azevedo kam. zuvor hatten sich 4o soldaten einer anderen kaserne geweigert, einem versetzungsbefehl folge zu leisten. in porto besetzten linksgerichtete truppen eine artillerie-schlüsselstellung und forderten die wiedereinsetzung von abgesetzten offizieren. die bevölkerung, stahlarbeiter, die pcp solidarisierten sich mit den soldaten. die frankfurter allgemeine zeitung zum beispiel resümiert (faz, 7. oktober) über "meuternde soldaten" und die besorgnis von staatspräsident costa gomes über befehlsverweigerungen: "ohne seine (d. h. almeidas) ausschaltung wird eine disziplinierung des heeres kaum möglich sein." aus der bundesrepublikanischen presse klagt lauthals die besorgnis um den bestand der 6. übergangsregierung, die von der ps und der ppd und sog. "gemäßigten" offizieren getragen wird und auf die die westlichen regierungen gerne bauen würden.

zur erinnerung: das ral I unter Major Dinis de Almeida stand während des spinola-putsches im blickpunkt der öffentlichkeit. die ral-I-kaserne wurde von luftwaffe und fallschirmjägern angegriffen. das historische ereignis wurde vom team des fernsehmitarbeiters adelino gomes festgehalten. diese aufzeichnung, die die auseinandersetzung zwischen den kommandanten der beiden truppenteile zeigt und die wir hier im wortlaut veröffentliche, ist im dokumentarfilm des jahres 1975 "viva portugal" der autoren malte rauch, christiane gerhards, samuel schirmbeck und serge july enthalten, der, vom deutschen fernsehen abgelehnt, mit großem erfolg in paris und amsterdam gezeigt wird, der hierzulande in berlin und frankfurt zu sehen war, in mannheim etc.

11. märz

kommentar: 11. märz 1975. dieses flugzeug hat gerade die kaserne des 1. artillerieregimentes ral l bei lissabon, genannt das rote regiment, angegriffen. wenig später wurden fallschirmjäger mit hubschraubern in der nähe der kaserne abgesetzt. sie kommen vom luftwaffenstützpunkt tancos und haben den auftrag, die kaserne an den toren lissabons auszuschalten. ex-präsident spinola ist unter den verschwörern in tancos. es ist ein komplott, um die mfa zu liquidieren. ihre linken offiziere hatten gerade heimlich beschlossen, auch nach den wahlen die führung der revolution nicht den parteipolitikern zu überlassen. während die bevölkerung sofort herausströmt und die fallschirmjäger in gespräche verwickelt, fahren einheiten der mfa-truppe copcon vor. auch das portugiesische fernsehen ist sofort zur stelle. hier ausschnitte aus diesem bericht, der zugleich ein wichtiges stück fernsehgeschichte ist.

reporter: verehrte zuschauer! wir sind in der nähe des zivilflughafens von portela in lissabon, etwas entfernt vom gebiet des 1. artillerieregimentes, wo offenbar geschossen wird, während zwei flugzeuge dieses gebiet überfliegen. in diesem augenblick ist es 12 uhr 15.
ich hoffe, daß mein kollege die drei soldaten zeigen kann, die sich nahe bei diesem gebäude aufhalten, 15o meter vom 1. artillerieregiment entfernt. im gebäude auf der anderen seite kannst du auch die soldaten zeigen, die sich neben dem gebäude verschanzt haben. man sieht allerdings auch leute, die friedlich ihre zigarette auf der straße rauchen. und jetzt sehen sie zwei soldaten, die dort über die straße rennen. drei soldaten überqueren rennend die straße. wir haben den eindruck - und das ist, was wir nicht verstehen können - daß sie sich so verhalten, als wären sie in einem hinterhalt, um sich vor etwas zu schützen. bestimmt nicht vor den flugzeugen. deshalb brauchten sie nocht so über die straße zu rennen.

wir hören wieder schüsse. das flugzeug kreist weiterhin über dem ersten artillerieregiment. wir sehen es dahinten. die schüsse scheinen aber vereinzelt zu fallen. wenn sich das flugzeug nähert, hört man sogar schüsse aus schnellfeuergewehren, die natürlich nichts ausrichten können.

gerade vor zehen minuten hat das flugzeug das regiment überflogen, und wir dachten, daß das artillerieregiment nummer eins über raketen usw. verfügen würde. aber es kam nichts.

passant: möglicherweise wurde die kaserne vom angriff überrcscht, und es gab dort ein durcheinander. gut möglich.

reporter: danke.

ral l-offizier: ich will jetzt niemanden mehr hier sehen. die reporter können ruhig eine kugel abkriegen, sie müssen ja ihre arbeit tun.

reporter: genau das, herr leutnant. wir machen unsere arbeit und sie ihre, und wir glauben, daß wir auf derselben seite stehen, das heißt, sie sind ja vom copcon, auf der seite der bewegung der streitkräfte, und es scheint so, als wäre hier etwas merkwürdiges passiert, hier im ral l.

ral l-offizier: sehr merkwürdig und ernst. ein attentat gegen alles. unvorstellbar.

reporter: können sie uns kurz erzählen, was passiert ist ?

ral l-offizier: kurz ? wenn ich ihnen etwas über den hintergrund sagen soll, ich weiß es nicht. der kommandeut der fallschirmjäger ist, wie er mir erzählt hat, auf unserer seite. er war gerade beim turnen, als er mit seinen leuten in vier hubschrauber verfrachtet und hierhergeschickt wurde. also diese typen, zwei fallschirmjäger-kompanien, tauchen plötzlich hier auf, aus zwei nordatlas.

reporter: und griffen das ral l an ?

ral l-offizier: griffen das ral l an, und davor griff uns die luftwaffe an.

reporter: von der luftwaffe angegriffen ? hat's verluste gegeben ?

ral l-offizier: weiß ich noch nicht. ich bin gerade mit allen leuten, die ich versammeln konnte, hierher gekommen. ich versuchte, alle leute herauszuholen.

reporter: das scheint ein reaktionärer putsch zu sein ?

dritter: und was kann ich dafür ?

reporter: ziemlich ernst, nicht wahr ?

ral l-offizier: ein reaktionärer putsch, sehr ernst.

reporter: gegen das ral l ?

ral l-offizier: gegen ral l, vielleicht auch gegen andere einheiten, das weiß ich nicht. ich weiß nicht, was woanders passiert ist.

kommentar: mit dem fernsehreporter adelino gomes der junge kapitän dinis d'almeida vom ral l und der fallschirmjägermajor mesnurado. sie wollen verhandeln. es ist den fallschirmjägern nicht gelungen, die soldaten des ral l zu überraschen. im gegenteil. sie waren von der feindseligen haltung der bevölkerung gegen sie überrascht. adelino gomes ist mit seinem fernsehteam auch jetzt dabei.

reporter: verehrte zuschauer, wir befinden uns jetzt auf neutralem gelände. auf der einen seite fallschirmjäger, auf der anderen kräfte des copcon. wir wissen nicht, was geschehen wird, aber es werden verhandlungen eingeleitet. ich glaube, keiner versteht was.

correia: zuerst müssen wir die leute versammeln. nur durch reden kann man sich verständigen.

kommentar: ein fallschirmjägeroffizier will nicht, daß gefilmt wird. aber die offiziere vom ral l bestehen darauf, daß das fernsehen als zeuge dabei bleibt. links ral l, rechts ein fallschirmjäger.

para: ich habe den befehl gekriegt, eure einheit zu besetzen.

dinis: von wem ?

para: von unserem kommandanten.

dinis: aber wir erhielten gleichzeitig den befehl von unserem kommandanten, brigadegeneral otelo, die besetzung zu verhindern. und von carlos fabião, dem generalstabschef der streitkräfte.

para: genau deshalb habe ich gleich versucht, mit euch zu sprechen, damit es keine toten gibt. auf unserer seite wie auf seiten der zivilisten. wir haben einen befehl gekriegt und ihr einen anderen. jetzt ist der moment gekommen, wo ihr euch entweder ergebt oder wo wir aufeinander schiessen müssen.

dinis: nein, nein. wir müssen die gründe erfahren. wir werden kämpfen, sobald wir wissen, um was es geht. nur müssen ihre männer ebenfalls wissen, was sie tun. ob sie verrat begehen, das heißt, befehle mißachten oder nicht.

para: ich glaube, es geht um diese flugblätter, die verteilt wurden. lesen sie mal.

dinis: ich persönlich habe keines bekommen. nur wegen eins flugflattes wollt ihr diese einheit besetzen ?

para: nein, dahinter steckt eine anzahl hoher persönlichkeiten, die mit der entwicklung der demokratie in unserem land nicht zufrieden sind.

dinis: es ist also ein staatsstreich ?

para: nein, das ist kein staatsstreich á la chile. ganz im gegenteil, das ist, damit die wahlen am 12. paril wirklich stattfinden.

dinis: mein lieber freund, wer in unserem land befiehlt, das ist der präsident der republik, das ist der ministerpräsident, das ist general carvalho und der generalstabschef, wie es der befehlshierarchie entspricht.

para: habt ihr befehle vom generalstab ?

dinis: ja, die kaserne zu verteidigen. das ist der befehl für den angriffsfall.

para: also, ihr wollt verteidigen ?

dinis: sicher.

correia: aber, leute, das könnt ihr nicht machen. ich bin costa correia. ich habe die einheit kommandiert, die das hauptquartier der geheimpolizei besetzt hat. und offen gesagt, ich habe das nicht getan, um jetzt einen bruderkrieg zu erleben. wir müssen die interessen unseres landes über diese kleinigkeiten stellen. sonst verwandeln wir uns in ein lateinamerikanisches land, in irgendein nicaragua, wo nur geputscht wird. ein offizier muß schon soviel politisches bewußtsein haben, um zu sehen, daß es eine art von befehlen gibt, die das land ins chaos stürzen können.

para: gut, aber was bedeutet das ?

correia: wir sind wie die bauern in einem schachspiel wenn irgendjemand in den USA beschließt, einen bestimmten zug zu machen

para: entscheidend ist, wie man die probleme sieht entweder wir glauben, daß der 25 april richtig gedeutet wurde und das programm verwirklicht wird, oder nicht das müssen wir jetzt entscheiden

correia: die beste haltung für euch jetzt wäre wohl, ich sage nicht etwa, befehle zu mißachten, sondern einfach mit dieser scheißbesetzung nicht anzufangen, und auf der gleichen seite zu stehen

para: nein, nein, wir stehen nicht auf der gleichen seite

correia: ihr beide werdet das problem jetzt lösen, selbst wenn es bis zum staatspräsidenten gomes gehen muß

para: nein, nein, bald werden andere einheiten hier eintreffen

correia: offen gesagt, ihr überlaßt das kommando einfach euren stellvertretern und besprecht die sache sofort mit costa gomes

dinis: besser wäre es, zum copcon zu gehen und die sache mit general otelo zu besprechen ihr habt ja offensichtlich befehle von einem wahnsinnigen bekommen wahnsinn, ohne grund mit der luftwaffe eine kaserne anzugreifen ihre männer schießen auf meine männer, und dabei handeln sie vielleicht gegen die eigenen interessen können wir gehen ?

kommentar: diese aufgeregten männer sind soldaten und sergeanten des fallschirmjäger-bataillons, das die kaserne des ral l einnehmen sollte. von der bevölkerung umstellt, die sich massiv auf die seite des ral l geschlagen hat, beginnen sie zu begreifen, daß sie getäuscht worden waren

anderer para: wir wollten keinem was zuleide tun wir bekamen befehle, ohne daß uns der richtige grund gesagt wurde weil wir meinen, daß unsere vorgesetzten nicht imstande waren, uns so zu befehligen, wie es sein sollte, und weil sie der bewegung der streitkräfte nicht treu waren, werden wir jetzt alle direkt zum ral l gehen, um auf diese weise unser problem erklären zu können.

reporter: woher seid ihr gekommen ?

2. para: wir kamen aus tancos

reporter: und was hat man euch dort gesagt ?

2. para: uns wurde gesagt, daß für morgen etwas geplant sei, von gewissen leuten, die eine liste von hohen persönlichkeiten aus der bewegung der streitkräfte hätten, so daß wir hierherkamen, um diese kaserne zu besetzen, um das zu verhindern.

reporter: also überzeugt .....

2. para: .... daß wir richtig handelten

reporter: was für euch hieß, daß die leute von ral l rekationäre wären ?

2. para: ja, genau. als wir hier ankamen, erlebten wir, daß es genau anders war. wir gehen jetzt alle zum ral l

kommentar: diesmal sind es die einfachen soldaten, die fallschirmjäger und männer vom ral l, die den putsch verhindern.

reporter: wir verfolgen jetzt vom wagen des fernsehens aus diese gruppe von fallschirmjägern. soweit es uns hier möglichist, es zu erkennen, war der, der den höchsten rang innehatte, ein gefreiter. wie man uns hier hinten sagt, haben sie vor, sich auf die seite ihrer kameraden vom ral l zu stellen, weil sie sich von ihren kommandeuren verraten fühlen. sie gehen unbewaffnet dorthin, einige haben ein bajonett am gürtel, und jetzt gehen sie zum ral l, gemeinsam.

hier umarmen die soldaten des ral l die fallschirmjäger. das ist ein augenblick, den wir vor kurzem noch nicht für möglich gehalten hätten.

(verschiedene zwischenrufe: mfa, mfa, mfa!)

reporter: während dort im hintergrund ein helikopter den paradeplatz des ral l überfliegt, umarmen die soldaten des ral l die fallschirmjäger, die vor kurzem noch gezwungen waren, wie sie bestätigten, das ral l zu umstellen

bei allen, die hier sind, sieht man denselben ausdruck der freude, umd die fallschirmjäger nähern sich immer mehr ihren kameraden vom ral l und gehen jetzt hinein, um so, wie schon vorher die anderen soldaten, jetzt auch jene zu umarmen, die zur verteidigung der kaserne eingesetzt waren

(rufe soldaten, söhne des volkes beifall, rufe mfa, mfa!)

kommentar: der 25 april war die sache der offiziere mit dem 11 märz traten auch die einfachen soldaten in den revolutionären prozeß ein sie werden in die vollversammlung der mfa aufgenommen

in lissabon, wie hierbei bmw, verlassen die arbeiter spontan ihren arbeitsplatz, um zum ral l zu ziehen in der angegriffenen kaserne werden automatische waffen an revolutionäre gruppen verteilt, mit den die militärs schon vorher in kontakt waren

über radio kommt ein erstes kommunique der mfa

(musik)

kommunique: 5 division des generalstabs der streitkräfte wieder einmal müssen die bewegung der streitkräfte und das volk seite an seite stehen, alarmbereit und wachsam diesen manövern gegenüber, die in keinem fall gelingen können wir glauben daran und wir haben vertrauen wir bitten das volk um wachsamkeit in übereinstimmung mit den repräsentativen organ[e] der bewegung der streitkräfte, namentlich mit ihrer koord[i]nierungskommission .....

soweit der auszug in einer montage aus interviews, dokumenten, ansprachen und kommentaren führt der film in den widersprüchlichen ablauf eines geschehens ein, das durch die offizielle berichterstattung in der brd eher verschleiert als erhellt wird mit einer außergewöhnlichen authentizität werden von den jeweiligen brennpunkten der portugiesischen revolution die aktivisten in der mfa und den linken parteien, in den arbeiterkommissionen und den bauernversammlungen, in den verstaatlichten banken und den besetzen häusern geschildert

die freilassung der politischen gefangenen aus den berüchtigten PIDE-gefängnissen, eine diskussion mit dem admiral und mitglied des revolutionsrates rosa coutinho, der kommentar eines landarbeiters zur dynamisierungskampagne, die besetzung eines großgrundbesitzes sind nur einige stationen in der abfolge der revolutionären ereignisse

"viva portugal" kann in der deutschen version bestellt werden beim sozialistischen büro, 6o5 offenbach 4, postfach 591, c/o michael schwelien, oder bei progress dritte welt, 53 bonn 1, buschstr 2o, tel 22 81 68, oder bei BALI-kino, 1 berlin 41, bundesallee 7o, tel 852 6952, oder, in der portugiesischen version, beim deutsch-portugiesischen arbeitskreis c/o theo mesquita, 6 frankfurt 1, am opernplatz 8.

AUSLAND

ZÜRICH (ID)
3o. september

NEUE TERRORURTEILE GEGEN MIETERKAMPF

in der langen reihe von unterdrückungsmaßnahmen gegen alle formen des mieterwiderstands hat das bezirksgericht zürich einen neuen markstein gesetzt. am 28. 8. 75 sind zwei mitglieder der gruppe "züri-nord" zu 2 monaten gefängnis bzw 1 monat auf bewährung verurteilt worden, weil sie in oerlikon-schwamendingen die parole "sabotage ist berechtigt" gesprüht hatten. gerichtlich festgestellte schadensumme: 45o franken.

in welche richtung die absichten der klassenjustiz gehen, machte die anklagevertretung deutlich: staatsanwalt kunz machte nicht nur "sachbeschädigung" geltend, sondern stellte strafantrag wegen "aufruf zu verbrechen" auf 7 monate gefängnis: obwohl das gericht die angeklagten lediglich der sachbeschädigung für schuldig befand, folgte es den absichten der anklage umso williger in der strafzumessung, die allerdings für sich selber spricht.

dies für eine parole, welche in der folge in einer solidaritätsaktion etwa 1oo persönlichkeiten unterzeichnet haben, darunter die gemeinderäte doris morf, bruno kammerer und leonhard fünfschilling, um gegen die fortschreitende einschränkung der demokratischen meinungsäußerung zu protestieren.

ARMENIEN (ID) ATOM UNTERM ARAGAZ
September

Mitten im armenischen erdbebengebiet wird ein kernkraftwerk erstellt. Die Sowjets sind besonders stolz, auf diese "herausforderung der natur". Die folgende reportage aus der zeitung "Ogonjok" Moskau, 17/75, ist ein beispiel, mit welch partiarchalischer kaltschnäuzigkeit über bedenken der bevölkerung hinweggegangen wird.

Wer ist es denn, der das armenische kernkraftwerk baut, welches besondere arbeitervolk macht das? Es ist zunächste einmal das gleiche volk, das in Armenien schon alle anderen wasser- und wärmekraftwerke gebaut hat. Dazu kommen als weitere schicht die monteure, die großen spezialisten, deren lo s es ist, von bau zu bau zu nomadisieren, durch das ganze land. Und schließlich die dritte gruppe: ganz einfache leute, die keine angst hatten, hierher zu kommen. So jedenfalls drückt sich der bauleiter Maliksetjan aus: Leute, die keine angst haben. Da ist es wohl interessant, mit solchen männern zu reden, die "keine angst haben"

Und wovor haben sie denn "keine angst"? Das wollten wir vom brigadier Rafik Wartanjan wissen. Er steht einer Komsomol-jugendbrigade vor: alles einheimische junge leute aus dem bezirk Oktemberjan. Vor dem kkw hatten sie schulen und häuser gebaut. Hier allerdings ist es tausendmal interessanter und tausendmal schwieriger. Diese schwierigkeiten haben sie nicht gefürchtet.

Dann gab es da gerüchte. Ach, was da für gerüchte unter der bevölkerung umhergingen! als der bau in angriff genommen wurde! Rafik lacht ansteckend, während er die klatschbasen imitiert. Die hatten ja nicht einmal begriffen, daß vorderhand nur die bauarbeiten vorangingen, daß man das "schreckliche baumaterial" noch gar nicht herbeigeführt hatte. So das "schreckliche brennmaterial" noch gar nicht herbeigeführt hatte. So mußte man ihnen erste einmal alles der reihe nach begreiflich machen. Sowohl das, was jetzt geschieht, als auch das, was geschehen wird, wenn das kraftwerk der betrieb aufnimmt. Dann wird es nämlich überall meßpunkte geben, die den radioaktiven zustand des ortes registrieren werden. Und die leute von Oktemberjan werden vor den strahlen sogar viel besser geschützt als irgendwer sonst (!)

Bald wird es ein erster energieblock von 405 000 kilowatt gestartet

Bald wird ein erster energieblock von 405 000 kilowatt gestartet, danach ein zweiter. Die stärke wird weiterwachsen. Männer wie Rafik verbinden ihr leben mit dem kraftwerk. Erst bauen sie es, dann bleiben sie in den werkhallen ...

Hier fesselt alles durch die strenge schönheit ausdrucksvoller linien. Die gebäude, mit mosaikplatten geschalt, wirken elegant. Zwei grandiose gradierwerke, gleichsam widerspiegelungen des Araratgipfels, halten gespräch mit dem biblischen berg. Und all diese bauwerke, die Solontschakebene überragen, gründen auf einem basaltsockel, den ein anderer altehrwürdiger berg bildet: der Aragaz. Man mußte gründlich mit sprengungen arbeiten, damit die bauleute in diese felsenhärte eindringen konnten.

Jetzt sind sie eingedrungen. Und zwar tüchtig!

ERKLÄRUNGEN

MÜNCHEN SELBSTDARSTELLUNG DES KOLLEKTIVS ROTE HILFE

Das Kollektiv Rote Hilfe München ist eine unabhängige vereinigung undogmatischer linker, ohne organisatorische oder personelle verbindungen zu irgendeiner partei oder organisation.

Von der rechts-hilfe der außerparlamentarischen opposition ausgegangen, haben wir uns vor einem jahr für die form des kollektivs entschieden, zum einen, damit unsere ablehnung der bürgerlichen organisationsformen auszudrücken, zum anderen, um uns von den Rote Hilfe-gruppen bestehender parteien zu unterscheiden.

Wir sind weder wasserträger noch hilfsorganisation irgendeiner bewegung oder fraktion, sondern eine revolutionäre sozialistische vereinigung, die sich für alle gefangenen einsetzt - ohne unterscheidungen und distanzierungen -, da wir der ansicht sind, daß sich die staatliche repression in den gefängnissen, erziehungsheimen und psychiatrischen anstalten am härtesten auswirkt.

Wir lehnen allerdings eine einseitige caritative betreuung der inhaftierten und eingesperrten ab, da dies nur zur verschleierung ihrer tatsächlichen situation beiträgt und diese nicht verbessert.

Wer ihnen wirklich helfen will - und damit sich selber -, muß gleichzeitig eine veränderung unserer gesellschaftsordnung wollen, die erst ihre besondere und unsere eigene situation geprägt hat.

Wir haben allerdings kein patentrezept für eine alternative lösung, wir wissen nur, daß sie sicherlich nicht in der übertragung der herrschaftsverhältnisse von einer partei auf die andere bestehen kann. Die erfahrung hat uns gelehrt, daß dadurch noch kein mensch freier oder glücklicher wurde.

Eine revolution ohne emanzipation führt immer zur konterrevolution. Wir suchen nach neuen formen der basisdemokratie, die der spontaneität raum gibt und die freie entfaltung jedes einzelnen ermöglicht. Wir wollen eine gesellschaft ohne herrschaft und ausbeutung und ohne autoritäre strukturen.

Das Kollektiv Rote Hilfe München trifft sich an jedem donnerstag um 2o uhr im Zentrum Milbertshofen, Knorrstrasse 32 / keller. (Ab 1. november 1975 im neuen zentrum: 8 München 4o, Nietzschestrasse 7 a, nähe Schleissheimer-/Keferloherstrasse.)

Das Kollektiv Rote Hilfe unterstützt seit mehr als fünf jahren solidarisierungs- und emanzipationsprozesse in den strafanstalten Straubing, Kaisheim, Aichach, Stadelheim, Ebrach, Amberg, Memmingen, Nürnberg u.a.

Die gefangenen, zu denen wir kontakt haben, z.zt. etwa 9o, sind zum teil aus der studentenbewegung der 6oer jahre hervorgegangen bzw. wegen politischer tätigkeit und überzeugung kriminalisierte, andere sind gefangene, die sich während der haft politisiert haben.

Im augenblick, wo alle diskutieren, wie die fortschreitende restauration in der BRD zu bekämpfen ist, wie die linke sich sammeln kann, ist es wichtig, diejenigen, die materiell und existenziell (isolation) bedroht sind, durch briefe und besuche sowie regelmäßige spenden zu unterstützen.

Spenden-konto 389/5o261 Hypobank München (R. Metzler)

MAINZ WARUM WIR DAS KONSULAT IN MAINZ ANGEGRIFFEN HABEN

am 27. september 1975 ermordeten faschistische erschießungskommandos 5 genossen der eta und der frap. fünf von tausenden, die im volkskrieg gegen die 4o-jährige unterdrückung durch die franco-terroristen gefallen sind.

4o jahre faschismus:
- unterdrückung aller opposition
- zerstörung der baskischen und katalanischen autonomie
- mord, terror, folter gegen jeden versuch der arbeiterselbstorganisation
- einsatz aller staatlichen macht zum schutz der großgrundbesitzer
- armut und elend für die masse des spanischen volkes

4o jahres faschismus haben spanien aber auch "freiheiten" gebracht
- freiheit für blutsauger und parasiten
- freiheit zur uneingeschränkten ausbeutung billiger arbeitskraft, ein selbstbedienungsmarkt für die spanischen kapitalisten und den internationalen imperialismus, für fiat, siemens, itt
- freiheit auch zur stationierung amerikanischer besatzungstruppen für den fall, daß militärpolizei und guardia civil zur sicherung dieser "freiheiten" nicht mehr ausreichen

die imperialisten - auch und gerade die der brd - kassieren heute die zinsen ihrer 4o-jährigen unterstützung des spanischen henkerregimes. in den spanischen kasernen stehen waffen und material von rheinstahl und krupp und fahrzeuge von mercedes, kommandieren offiziere, die in bundeswehrakademien (wie in hamburg-blankenese) ausgebildet wurden - und general hildebrandt nimmt die parade ab.

das offizielle deutschland aber weint krokodilstränen über mangelnde "rechtsstaatlichkeit", rudi arndt läßt halbmast flaggen, die gewerkschaft streikt zwei minuten.

wie bekämpfen wir diesen zynismus ? indem wir in uneingeschränkter solidarität mit den spanischen freiheitskämpfern allen agenten francos in der brd klarmachen, daß die front für sie überall ist. bei mainz wird es nicht bleiben. der kampf geht weiter !

kommando 27. september

HAMBURG (ID)
oktober

ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN MaD FLUGSCHRIFT

Gegen die neue MaD flugschrift Nr. 11: "vom wilden streik zur generalisierten selbstverwaltung" ist beim landgericht hamburg ein ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Auch ohne den genannten zensurparagraphen 131a fand der zuständige richter, die schrift fordere "viele menschen zur urkundsunterdrückung, sachbeschädigung, verfassungsfeindlichen einwirkung auf die bundeswehr, freiheitsberaubung, geiselnahme sowie zum mord auf."

Zu einer beschlossenen, aber nicht durchgeführten (?) beschlagnahme des buches nimmt der verlag stellung:

"Am 27.6.1975 wurde durch beschluß des amtsgerichts Hamburg festgelegt, die beschlagnahme des buches im besitz des verfassers, verlegers, herausgebers, redakteurs, druckers, händlers, oder anderer personen, die mit der herstellung, veröffentlichung oder verbreitung zu tun haben, außerdem der öffentlich zugänglichen oder zur verbreitung oder vervielfältigung bestimmten druckstücke und der druckplatten (o.ä. druckmittel) durchzuführen. gründe dafür waren, daß der inhalt des buches gegen paragraph 111 StGB verstößt.

Daraufhin wurden fernschreiben an alle landeskriminalämter und an das bundeskriminalamt geschickt, in denen der beschluß der beschlagnahme zwecks deren vollstreckung in der gesamten BRD bekannt gegeben wurde.

Die lawine war ins rollen gekommen durch die versendung in das untersuchungsgefängnis in Hamburg an eine der kriminellen vereinigung und anderer subversiver delikte verdächtigten genossin.

Der polizei gelang es angeblich und offensichtlich nicht, das buch anderswo aufzusprüen - weder in buchhandlungen noch in vertrieben. Auch konnte unser verzweifelt gesuchter drucker in Berlin nicht ausfindig gemacht werden - obwohl es sich doch um eine so repräsentative druckerei handelt ! Eine beschlagnahme wurde jedenfalls nirgends vollzogen.

Über die persönlichkeit des verantwortlichen redakteurs ("früher dekorateur") Lutz Schulenburg liegen dem politischen Kommissariat seit jahren und sehr ausführliche daten vor, ebenso über die der "verlobten" und mitarbeiterin bei seinen veröffentlichungen - Hanna Mittelstädt. Beide Personen sind seit jahren als unterstützer anarchistischer gewalttäter registriert.

Einer der forschungsbeamten suchte wiederholt und diskret die nähere umgebung unserer wohnung ab, um nachzuspüren, ob die gefährliche druckschrift eventuell hier gedruckt würde. doch selbst vertrauliche nachfragen in der nachbarschaft blieben leider ohne diesbezügliche ergebnisse.

Am 11. august 1975 muß ein neuer beschluß angeordnet werden. Die beschlagnahme wird wieder aufgehoben, da die bürokratie sich vollkommen in ihren verbürokratisierten seilen verstrickt hat und ihre eigenen termine überschritt (paragraph 16 des Hamburger Pressegesetzes).

Damit hat das spiel aufgrund eines formfehlers zunächst ein ende. Es muß jetzt anklage erhoben werden und erst nach dem beschluß durch einen richter kann die fehlgeschlagene beschlagnahme und unschädlichmachung dieses buches nachgeholt werden. Da unser rechtsanwalt aber einen großen "Literaturprozeß" angekündigt hat und an ein europäisches kulturgewissen appellierte (die originalfassung "De la grève sauvage a l autogestion généralisée" ist in Frankreich bei dem renommierten bürgerlichen verlag 1o/18 erschienen), zudem die kräfte der repression noch nicht ausreichen, ihr zähneknirschen in einen giftigen biss zu verwandeln und den terrorismus der guerillas und die vielbeschworenen "geistigen Väter" gleichzeitig zu eliminieren, haben wir wohl noch eine kleine verschnaufpause. Der "böse wille" der staatsbürokratie ist natürlich keineswegs dahin, zumal sie durch die im herbst wohl in kraft tretenden gesetze gegen die sogenannte "GEWALTLITERATUR" weitere riesenschritte unternimmt, um ihr demokratisches bonbonimage zu zerstören.

bleibt nur zu hoffen, daß die bürokratie selbst weiterhin so viel unfähigkeit zeigt wie im vorliegenden fall ..... sorgen wir dafür, daß die staatsanwälte in ihren akten ersticken ..

bis auf weiteres und bis demnächst

MaD - verlag
abteilung für anti-public relation
& öffentliche geheimnisse"

SAARBRÜCKEN (ID)
9. oktober

FREISPRUCH FÜR GABRIELE T.

Im april 1974 starb dirk t., das jüngste von 6 kindern, im alter von 9 monaten laut totenschein eines "natürlichen todes an herz-, kreislaufversagen infolge unterernährung". auf grund einer anzeige leitete die staatsanwaltschaft saarbrücken einen tag nach dem tod des kindes ermittlungen gegen frau t. wegen verdacht auf totschlag ein, frau t. kam sofort in untersuchungshaft, die kinder wurden in ein heim eingewiesen, herr t., der vater der 6 kinder, lebte zu dieser zeit nicht in der wohnung der familie.

am 2. juni 1975 - also nach 15 monaten u-haft - begann der prozeß vor der 1. strafkammer des landgerichts saarbrücken.

- zur vorbereitung des prozesses:

der vom gericht bestellte pflichtverteidiger befaßt sich mit seiner mandantin so "intensiv", daß frau t. nach einem jahr bat, ihn zu entpflichten und herrn golzem aus frankfurt als anwalt ihres vertrauens als neuen pflichtverteidiger zu bestellen.
erst auf veranlassung des psychiatrischen gutachters prof. dr. horn bestellte das gericht zusätzlich zum gerichtsmediziner einen pädiater als 3. gutachter.
im verlauf der ermittlungen fiel es der staatsanwaltschaft nicht auf, daß 6 liter bier, die frau t. oft im verlauf eines tages getrunken haben soll (laut zeugenaussagen), bei ihrem gewicht einem blutalkoholgehalt von 7,5 promille entsprechen ("oberste grenze sind 5 promille; bei diesem blutalkoholspiegel ist das leben des berauschten bedroht" - handbuch der rauschdrogen, münchen 1971 2 S. 13).
für die dauer der verhandlung waren maximal 3 tage vorgesehen; bis zur aussetzung des prozesses wurden jedoch bereits 5 tage verhandelt.

- zum verlauf des prozesses

aus den aussagen von frau t. und ihrer mutter ergab sich folgendes:
frau und herr t. konnten erst im mai 1968 heiraten, obwohl sie schon 2 kinder hatten, da herr t. vorher noch nicht volljährig war und auch keine vorzeitige heiratserlaubnis bekam, da er nicht regelmäßig arbeitete. außer zu beginn der ehe ging herr t. auch später keiner geregelten arbeit nach, sodaß frau t. zeitweise arbeiten gehen mußte, obwohl inzwischen das 5. kind unterwegs war; da sie sich tagsüber um die 4 kinder kümmern mußte, arbeitete sie nachts als bedienung. frau t. wurde von ihrem mann so geschlagen, auch während der schwangerschaften, daß sie wiederholt ärztliche hilfe in anspruch nehmen mußte. zeitweise lebte frau t. praktisch ausschließlich von sozialhilfe, außerdem bekam sie von ihren eltern und andern verwandten lebensmittel geschenkt.
vom sozialamt erhält sie kein geld, sondern lebensmittelgutscheine, damit ihr mann das geld nicht in alkohol umsetzen konnte.
da alle ihre kinder im ersten lebensjahr sehr klein und mager waren, glaubte frau t. auch von dirk, daß er zwar nicht gut entwickelt, aber doch gesund sei und eines tages schon noch zunehmen werde. die gleiche meinung vertrat auch die zuständige fürsorgerin, die alles in ordnung lgaubte, als das kind im märz 1974 nicht "weniger geworden" war als im november 1973.
die belastenden aussagen der verschiedenen zeugen aus der nachbarschaft und dem dorf wurden vom gericht und vom verteidiger überwiegend als klatsch und tratsch entlarvt. insbesondere bestätigte eine zeugin - zu beginn des prozesses knapp 16 - daß das kind regelmäßig und ausreichend von ihr selbst oder von frau t. gefüttert worden war. diese aussage steht im entschiedenen widerspruch zu den gutachten des gerichtsmediziners und des pädiaters, die beide eine andere todesursache als verhungern aufgrund von zu wenig und/oder falscher nahrung ausschlossen. dieser widerspruch konnte vom gericht nicht aufgeklärt werden. ebenso sah sich das gericht außerstande, über den antrag der verteidigung zu entscheiden, den pädiater wegen befangenheit abzulehnen. der verteidiger hatte diesen antrag mit in der medizinischen fachliteratur zu findenden krankheiten (zöliakie und anaklitische depression) begründet, die seiner meinung nach durchaus als todesursache in frage kommen könnten. das gericht setzte den prozeß schließlich auf unbestimmte zeit aus, um ein obergutachten einzuholen.
laut staatsanwalt ist die ursprüngliche anklage wegen totschlag nicht aufrechtzuerhalten, allenfalls eine anklage wegen fahrlässiger körperverletzung mit todesfolge. aus diesem grund erhielt frau t. ab sofort haftverschonung.

- "öffentlichkeit"

auch diese entscheidungen des gerichts zeigen nach unserer meinung, daß sich die prozeßführung vom 2. tag an positiv veränderte, wir hatten den eindruck, daß die anfängliche voreingenommenheit gegenüber frau t. vom bemühen um objektivität abgelöst wurde. ob diese veränderung wohl auch bei einer üblichen pflichtverteidigung - weniger offensiv und mit geringem engagement - eingetreten wäre ? wir halten das für sehr unwahrscheinlich.
zum zweiten scheint uns die jeden tag vorhandene öffentlicheit, überwiegend frauen in alter von frau t., die sich deutlich und für das gericht sicht- und hörbar mit ihr solidarisierten (blumen!), ebenfalls zu dieser positiven veränderung beigetragen zu haben.

frau t. erhielt nach der aussetzung des prozesses das sorgerecht für ihre kinder zurück. sie lebt z. zt. mit den 4 ältesten kindern bei ihren eltern. das jüngste kind war während frau t.s u-haft an den wochenenden bei pflegeeltern, die das kind adoptieren wollen. obwohl frau t. der adoption nicht zustimmt, hat sie weder das kind gesehen noch seinen aufenthaltsort in erfahrung bringen können.

wir, eine aktionsgruppe, halten g. t. für unschuldig !

1. sie war überfordert, denn
   - sie mußte ohne jegliche hilfe 6 kleine kinder betreuen und versorgen
   - im verlauf von 7 jahren ehe hat der ehemann zusammengerechnet ca. 2 jahre gearbeitet
   - der ehemann war oft betrunken, hat sie oft geschlagen und ihr die versorgung der kinder alleine überlassen
   - sie und die 6 kinder lebten von einer minimalen und völlig unzureichenden "unterstützung" durch das sozialamt
2. die schwerwiegenden beschuldigungen gegen g. t., ihre kinder fortwährend und vorsätzlich vernachlässigt zu haben, stützen sich einzig auf zeugen, deren aussagen sich vor gericht als klatsch und widersprüche erweisen.
3. wieso sollte g. t. den kritischen zustand ihres kindes feststellen, wenn ärzte und sozialarbeiterin ihn nicht erkannt haben ?

g. und ihr kind sind opfer unseres systems, das sich solche sozialen verhältnisse schafft, um davon zu profitieren, und dann die schwächste aller beteiligten zum sündenbock macht und bestraft

wir meinen, wir müssen uns mit der angeklagten solidarisieren !

durch unsere anwesenheit bei der verhandlung können wir:

1. unsere solidarität bekunden
2. die vom gesetzgeber vorgesehene öffentlichkeit herstellen und das gericht kontrollieren
3. die sozialen verhältnisse anklagen, für die g. t. vor gericht steht

MADRID — DAS ANTITERRORISMUS-GESETZ IN SPANIEN

Am mittwoch, den 27.8.75, wurde das "gesetz zur verhütung des terrorismus" von general Franco unterzeichnet. Es bedarf als regierungsdekret nicht der zustimmung durch das ständeparlament (Cortes).

Durch dieses neue gesetz, das erst einmal für 2 jahre gültig ist, werden die verfassungsrechte erheblich eingeschränkt. Der gegenwärtige zustand ist mit dem eines ausnahmezustandes zu vergleichen.

Im fernsehen begründete informationsminister Herrera das neue gesetz mit dem hinweis, daß in den zurückliegenden 18 monaten 31 menschen bei mehr als 1oo terroranschlägen ums leben kamen. Die meisten von ihnen seien angehörige der sicherheitskräfte gewesen.

Das gesetz gilt ab sofort, auch rückwirkend, wie sich an seiner anwendung in den prozessen gegen die hingerichteten gezeigt hat. Es hat folgenden inhalt:

1. Verbot aller kommunistischen, anarchistischen und separatistischen organisationen

Alle o. a. organisationen wurden formell verboten. Die mitgliedschaft sowie die direkte oder indirekte unterstützung dieser gruppen wird bestraft

a) Mit gefängnis von 6 bis 12 jahren werden bestraft:
- Die bereitstellung von verstecken für terroristen
- illegale grenzüberschreitungen von anhängern verbotener organisationen
- die herstellung, der transport oder der besitz von sprengkörpern
- der besitz von guerilla-handbüchern
- mutwillig herbeigeführte falsche bombenalarme

b) Gefängnis von 6 monaten bis 6 jahren sowie geldbußen für:
- wer gewalt predigt oder unterstützt
- wer sich mit terroristen solidarisiert, die unter dem neuen gesetz angeklagt sind
- wer gerichte kritisiert, die sich mit terroristenfällen beschäftigen

2. Hausdurchsuchungen

Die polizei kann hausdurchsuchungen ohne gerichtliche erlaubnis vornehmen.

3. Festnahmen

Die polizei darf verdächtige personen statt 3 jetzt 1o tage ohne haftbefehl festhalten.

4. Todesstrafe

Für mord an polizisten oder regierungsbeamten wird automatisch die todesstrafe verhängt.

5. Presse

Zeitungen und andere medien, die offen oder indirekt anhänger verbotener gruppen oder gewalttaten verteidigen, werden beschlagnahmt.

Zeitungen können in einem solchen fall bis zu drei monaten suspendiert werden, periodisch erscheinende presseerzeugnisse bis zu einem jahr. Sie werden geschlossen, wenn sich die fälle wiederholen.

Der autor und der verantwortliche redakteur werden suspendiert. Dieses wird von den arbeitsgerichten als fristloser kündigungsgrund anerkannt.

6. Nachlässige beamte werden suspendiert und müssen sich einem disziplinarverfahren verantworten. (Nachlässigkeit bei der verfolgung von terroristen und der verhütung von terrorakten.)

7. Entzug des mandats von anwälten

Wenn anwälte von terroristen "ermahnungen des gerichts" ignorieren und weiter den prozeßablauf "stören", müssen sie mit entzug ihres mandats und berufsverbot rechnen.

8. "Hilfspolizisten"

Hilfspolizisten sind alle die personen, die etwas mit allgemeiner oder privater überwachung zu tun haben. Sie können polizeilich tätig werden, wenn sie wollen, auch ohne anweisung der eigentlichen polizei. Jetzt sind z. b. nachtwächter, feldhüter, hausportiers und eisenbahnbeamte "hilfspolizisten". Alles personen, die zum teil von trinkgeldern derer leben, die sie ab jetzt polizeilich betreuen und überwachen können.

Dieses gesetz hebt die angefangene presseliberalisierung völlig auf. Es bringt Spanien in eine art ausnahmezustand für die dauer von 2 jahren.

Das gesetz trat genau einen tag vor dem prozeß gegen Garmendia und Otaegui in kraft.

Das gesetz kann auch auf delikte angewendet werden, die vor dem zeitpunkt seiner verkündung begangen wurden. Sollten die proteste gegen die bereits ergangenen todesurteile anhalten, richtet es sich gegen alle protestierenden. Auf die politischen häftlinge in Barcelona, die sich in einem hungerstreik befinden, soll es bereits angewendet werden.

Außerdem wurden bereits vier zeitungen beschlagnahmt und die wochenzeitschrift "Triunfo" sogar für 4 monate verboten.

Von amnesty international aus Info Berliner Undogmatischer Gruppen, 29.9.75

FRANKFURT 1. September — GEGENDARSTELLUNG

Genossen, wir beziehen uns auf eine meldung aus dem ID nr. 94 vom 23. 8. 75 auf seite drei, wo es um die bildung eines "Portugal-initiativausschusses" und um ein "2. nationales treffen für Portugal-solidaritätsbewegung" geht. In einer art redaktionellen vorbemerkung schreibt ihr, daß der Spartacusbund, GIM, KB und SB einen "initiativausschuß" gebildet hätten. Was unsere organisation, den KB, betrifft, so haben wir niemals d i e s e m "Portugal-Initiativausschuß" angehört und auch seiner bildung nicht zugestimmt.

Kommunistischer Bund - Gruppe Frankfurt